



ABSCHLUSSBERICHT

Stakeholder-Veranstaltung zum Diskussionspapier
für die Moorschutzstrategie der
Bundesregierung

Stand: 05.03.2021



Impressum

Verfasser und Herausgeber: Zebralog GmbH in Kooperation mit dem Institut für Ländliche Strukturforchung (IfLS)

Jennifer Schulz

schulz@zebralog.de

Florin Winter

winter@zebralog.de

Julia Fielitz

fielitz@zebralog.de

Heike Nitsch

nitsch@ifls.de

Der vorliegende Bericht wurde im Rahmen des F+E-Vorhabens "Grundlagen für die Umsetzung einer nationalen Moorschutzstrategie - Teil 3: Auftrag zur Konzeptionierung, Organisation und Durchführung einer Stakeholder-Veranstaltung des Bundes" (FKZ 351980030B) im Auftrag des Bundesamts für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) erarbeitet.



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



Bundesamt
für Naturschutz

Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung des Auftragnehmers wieder und muss nicht mit der Auffassung des Auftraggebers übereinstimmen.

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Dokumentation und Auswertung der Diskussionsbeiträge	7
2.1	Begrifflichkeiten, Definitionen und Einordnung	8
2.1.1	Moor/Moorböden, Moorkulisse	8
2.1.2	Wald auf Moor	9
2.1.3	Natürliche Grundwasserverhältnisse	9
2.1.4	Wiedervernässung, Revitalisierung, Renaturierung	9
2.1.5	Gute fachliche Praxis	9
2.1.6	Paludikultur	10
2.1.7	Weitere Begriffe	10
2.2	Freiwilligkeit von Maßnahmen	10
2.2.1	Betroffenheit, Flächen und Grundeigentümer	11
2.2.2	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Freiwilligkeit	15
2.2.3	Verbindlichkeit und Langfristigkeit	18
2.3	Wasser, Wassermanagement und Wasserwirtschaft	20
2.3.1	Wasserverfügbarkeit	20
2.3.2	Wiedervernässung	21
2.3.3	Einbezug der Wasserwirtschaft	22
2.3.4	Interessenkonflikte	22
2.3.5	Bedeutung von Wasser- und Bodenverbänden	24
2.4	Ziele und Ambitionen	24
2.4.1	Klimaziele	26
2.4.2	Ziele für landwirtschaftlich genutzte Flächen	27
2.4.3	Naturschutzfachliche Ziele	28
2.4.4	Ausstieg aus der Torfnutzung	28
2.4.5	Wildnisentwicklung und Prozessschutz	29
2.5	Ziel- und Nutzungskonflikte	30
2.5.1	Wald und Moorschutz	30
2.5.2	Rechtliche Zielkonflikte	31
2.5.3	Treibhausgasemissionen und Landwirtschaft	32
2.6	Finanzielle Steuerungsmöglichkeiten	33
2.6.1	Förderprogramme	33
2.6.2	Abbau schädlicher Subventionen	35
2.6.3	Honorierung der Ökosystemleistungen	35
2.7	Zukünftige und dauerhafte wirtschaftliche Perspektive nach Wiedervernässung	37
2.7.1	Milchviehhaltung	39
2.7.2	Paludikulturen	39
2.7.3	Produkte und Vermarktungsketten	40
2.7.4	Photovoltaik	40

2.7.5	Wiedervernässung und Aufforstung	41
2.8	Forschung, Monitoring und Bildung	41
2.8.1	Forschung und Monitoring	42
2.8.2	Bildung	46
2.9	Schnittstellen zu bestehenden und geplanten Strategien, Konzepten, Politiken und Richtlinien.....	48
2.9.1	Nationale Wasserstrategie	49
2.9.2	Waldstrategie 2050	49
2.9.3	NABU-IVG-Konzept	49
2.9.4	Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt	49
2.9.5	Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)	50
2.9.6	Bund-Länder-Zielvereinbarung.....	50
2.9.7	Naturschutzrichtlinien der EU	50
2.9.8	Stickstoffminderungsstrategie der Bundesregierung.....	50
3	Anhang.....	51

1 Einleitung

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) führte am 15. Dezember 2020 von 13:30-17:00 Uhr mit Unterstützung des Bundesamts für Naturschutz (BfN) eine Stakeholder-Veranstaltung zum Diskussionspapier für die Moorschutzstrategie der Bundesregierung durch. Die Stakeholder-Veranstaltung fand im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung des BMU zum Diskussionspapier statt.

Die Veranstaltung wurde von der Zebralog GmbH organisiert und moderiert. Das Institut für Ländliche Strukturforchung (IfLS) begleitete die Veranstaltung als Fachpartnerin.

Die Veranstaltung wurde virtuell durchgeführt. Insgesamt nahmen 119 Personen an der Videokonferenz teil (inkl. Vertreter*innen aus dem BMU, BfN, UBA (Umweltbundesamt) sowie von Zebralog und IfLS). Der Ablauf der Veranstaltung ist im Anhang einzusehen. Es wurde sowohl im Plenum als auch in vier Themengruppen (Naturschutz, Landwirtschaft, Forstwirtschaft sowie Bildung und Forschung) diskutiert.

Eingeladen zur Veranstaltung waren Stakeholder mit Bezug zum Thema Moorschutz aus den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, Boden- und Gewässerschutz, Energiewirtschaft, Torfindustrie/Landschafts- und Gartenbau, kommunale Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie berufliche Aus- und Fortbildung und sonstige Bildungseinrichtungen in den Bereichen Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Natur- und Umweltschutz.

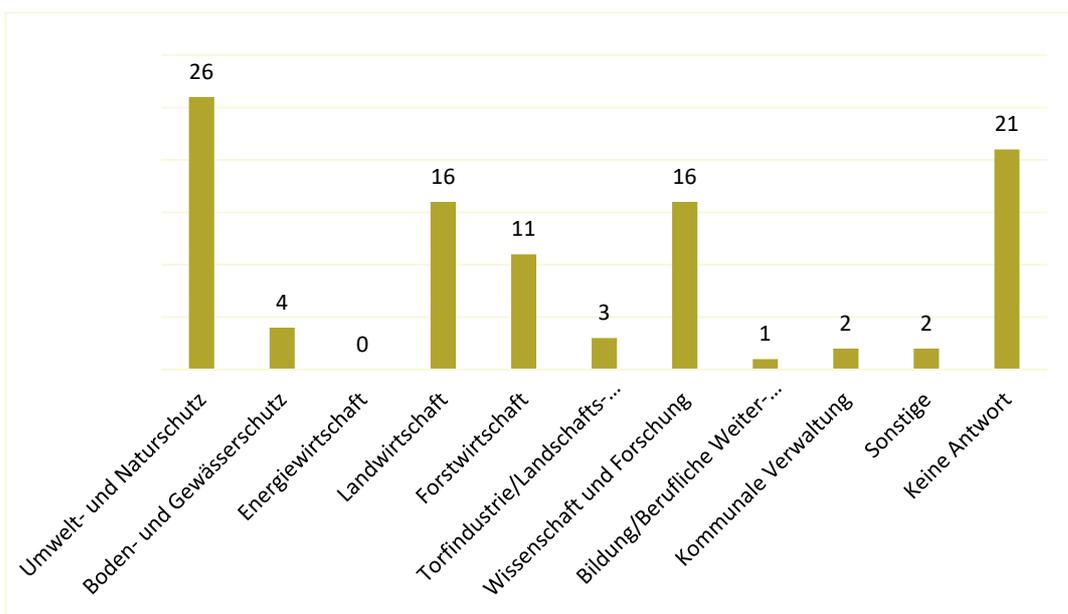


Abb. 1: Selbstzuordnung der Teilnehmer*innen zu den verschiedenen Bereichen (Abfrage zu Beginn der Veranstaltung; Vertreter*innen aus dem BMU, BfN, UBA, Zebralog und IfLS sind unter „keine Antwort“ enthalten)

Die Veranstaltung hatte zum Ziel, das Diskussionspapier des BMU für die Moorschutzstrategie der Bundesregierung zu präsentieren und zu diskutieren. Im Rahmen der Diskussion wurde eine Vielzahl von Themen aufgegriffen und vertieft. Allgemein wurde die Erarbeitung einer Moorschutzstrategie durch die Bundesregierung begrüßt. Ebenso wurden einige der im Diskussionspapier skizzierten Inhalte explizit als positiv bewertet, darüber hinaus gab es vielfältige Hinweise und Ideen zur Weiterentwicklung und Konkretisierung, wie auch Beiträge, die kritische Aspekte hervorhoben. Durch die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung wurde Transparenz sowie Teilhabe am Prozess der Erstellung der Moorschutzstrategie der Bundesregierung geschaffen. Die Ideen und Hinweise (z. B. Identifizierung von Lücken und Ergänzungsvorschläge) aus Sicht der verschiedenen Stakeholder wurden als eine Entscheidungsgrundlage im weiteren Erarbeitungsprozess der Moorschutzstrategie der Bundesregierung durch das BMU berücksichtigt.

2 Dokumentation und Auswertung der Diskussionsbeiträge

Der vorliegende Bericht wurde von der Zebralog GmbH verfasst. Vorgebrachte Argumente und Hinweise der Teilnehmer*innen der Stakeholder-Veranstaltung wurden in diesem Bericht unter Wahrung der Anonymität zusammengefasst.

Mehrere Kanäle dienten als Basis für diesen Bericht. Die Teilnehmer*innen konnten während der Veranstaltung im Plenum und in den Themengruppen über drei verschiedene Kanäle Hinweise und Ideen einbringen: mündliche Beiträge sowie schriftliche Beiträge im Chat und über eine digitale Pinnwand (Padlet). Punktuell wurden auch in die Videokonferenz integrierte Umfragen eingesetzt, die ebenfalls von allen Teilnehmer*innen beantwortet werden konnten. Alle während der Veranstaltung über einen der genannten Kanäle eingebrachten Beiträge sind in den vorliegenden Veranstaltungsbericht eingeflossen. Ziel des Berichts ist es, eine möglichst umfassende Dokumentation der vorgebrachten Ideen, Standpunkte und Hinweise der Teilnehmer*innen zu erhalten und gleichzeitig eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten. Beiträge wurden unter diesen Gesichtspunkten teilweise verdichtet oder zusammengefasst, stets in der Absicht der Wahrung der ursprünglichen Aussage.

Vorgehensweise bei der Auswertung:

Die Beiträge wurden zunächst gesichtet. Anschließend wurden die Aussagen thematisch gebündelt und daraus eine Struktur für diesen Bericht entwickelt. Die Struktur des Diskussionspapiers, das als Grundlage für die Veranstaltung diente, findet sich darin in Teilen wieder. Das Material wurde innerhalb der Kapitel und Unterkapitel des Berichtes zusammengefasst und eingegrenzt, möglichst ohne dessen Essenz zu verfälschen. Aus den Beiträgen wurden die Aussagen herausgearbeitet, inhaltsgleiche Aspekte zusammengefasst und Aussagen gegebenenfalls neu gebildeten Kategorien zugeordnet.

2.1 Begrifflichkeiten, Definitionen und Einordnung

Einige der im Diskussionspapier verwendeten Begrifflichkeiten wurden seitens mancher Teilnehmer*innen als zu vage wahrgenommen. In dieser Hinsicht wurde die Verwendung einer einheitlichen und eindeutigen Terminologie im Diskussionspapier für die Moorschutzstrategie der Bundesregierung gefordert. Dieses Kapitel sammelt die zu konkretisierenden Definitionen gängiger aber uneinheitlich gehandhabter Begriffe.

2.1.1 Moor/Moorböden¹, Moorkulisse

Definitiv muss laut einigen Teilnehmer*innen der Stakeholder-Veranstaltung zwischen Moorböden und Mooren als Lebensraum unterschieden werden.

Von einigen Teilnehmer*innen wurde zudem auf einige Definitionsaspekte hingewiesen, die sich vorrangig auf bodenbasierte Sachverhalte bezogen: Im Diskussionspapier sei nur von „Moorböden“ oder „organischen Böden“ die Rede. In den Begriffsbestimmungen werde als Kriterium ein Anteil von 30 Prozent organischer Substanz genannt. Damit wären Anmoorböden nicht vom Begriff der Moorböden umfasst. Dieses Vorgehen sowie die alleinige Nennung von „Moorböden“ und „organischen Böden“ wurde von einigen Teilnehmer*innen als zu kurz gegriffen erachtet und auf die Definition für organische Böden laut IPCC verwiesen. Es sollen somit Böden adressiert werden, die eine nennenswerte Treibhausgasmenge emittieren.

Als Grundlage für die Moorbodenkulisse in Deutschland, um die es in dem Diskussionspapier geht, wurde die Anwendung einer bundeseinheitlichen Definition mit einheitlichen Abgrenzungskriterien gefordert, damit keine 16 unterschiedlichen Moorbodenkulissen mit unterschiedlichen Abgrenzungskriterien existierten. Um einen Fokus für die Strategie zu setzen, müssten betroffene Gebiete genau identifiziert werden.

Manche Teilnehmer*innen forderten einen geklärten Umgang mit Standorten, die nicht mehr als Moor eingeordnet werden könnten, beispielsweise Sandmischkulturen oder überlagerte Moore (Sanddeckkultur oder Mineralboden), die hoch ertragreich und aktuell noch in der Kulisse enthalten seien. Es wurde darauf hingewiesen, dass Messdaten zeigten, dass aus mit Sand oder Ton überdeckten Flächen hohe Treibhausgas-Emissionen freigesetzt würden. In diesem Zusammenhang wurden auch Moorfolgeböden erwähnt, bei denen es sich um Böden auf Moorstandorten handele,

¹ Die Begrifflichkeiten Moor und Moorböden, Moorschutz und Moorbodenschutz bzw. Moorkulisse und Moorbodenkulisse wurden bei der Stakeholder-Veranstaltung von den Teilnehmer*innen nicht immer konsequent differenziert eingesetzt. Die Begriffsverwendung wurde in diesem Auswertungsbericht nicht angepasst, d.h. diese Begriffe werden dementsprechend nicht immer korrekt verwendet.

die aber zu flachgründig geworden sind. Diese seien in der Brandenburger Moorkarte noch enthalten, die Grundlage für die AUKM Moorschonende Stauhaltung (ELER) ist.²

2.1.2 Wald auf Moor

Viele Moorstandorte waren ehemals bewaldet, beispielsweise das Donau Moor oder das Dachauer Moor. Sie weisen große Unterschiede auf, sodass laut einigen Teilnehmer*innen bei bewaldeten Mooren eine Unterscheidung zwischen naturnah und naturfern gemacht werden sollte. Generell wurde eine genauere Abgrenzungsdefinition für Moorwälder (LRT 91D0) gefordert.

Das Thema „Wald auf Moor“ sollte differenziert betrachtet und die Systemgrenzen sollen einbezogen werden.

2.1.3 Natürliche Grundwasserverhältnisse

Was in Zeiten von Klimaveränderung und 500-jähriger Nutzung der Landschaft natürlich sei und was wiederhergestellt werden sollte, werde nach Aussagen einiger Teilnehmer*innen oftmals unterschiedlich bewertet. Daher wurde vereinzelt eine Definition „natürlicher“ Grundwasserverhältnisse gefordert.

2.1.4 Wiedervernässung, Revitalisierung, Renaturierung

Kritisch angemerkt wurde seitens einiger Teilnehmer*innen, dass im Diskussionspapier zwischen Wiedervernässung, Revitalisierung und Renaturierung keine klare begriffliche Trennung bestehe, beziehungsweise Hinweise darauf fehlten, wie diese Begriffe aufeinander aufbauen. Eine klarere Begriffsdefinition wurde diesbezüglich gewünscht.

2.1.5 Gute fachliche Praxis

Was bei der Bewirtschaftung von Moorböden, beziehungsweise den im Diskussionspapier adressierten organischen Böden, eine „gute fachliche Praxis“ sei, sollte laut einigen Teilnehmer*innen der Veranstaltung bundeseinheitlich diskutiert und festgelegt werden. Die Diskussion sollte nicht den Ländern oder Ressorts überlassen werden. Konkret wurde die Frage aufgeworfen, ob es sich bei einer landwirtschaftlichen Nutzung, bei der jedes Jahr zwei Zentimeter Torfsackung erfolge, um eine humuserhaltende Vorgehensweise und eine „gute fachliche Praxis“ nach BBodSchG handele.

² Moorfolgeböden werden bei der AUKM Moorschonende Stauhaltung mitberücksichtigt, da sie noch erhebliche Treibhausgas-Emissionen freisetzen.

2.1.6 Paludikultur

Die Notwendigkeit einer klaren bundeseinheitlichen Definition des Begriffs Paludikultur wurde in der Diskussion durch die Beiträge einzelner Teilnehmer*innen deutlich. Es wurden ausdrücklich keine unterschiedlichen Definitionen der einzelnen Bundesländer gewünscht.

2.1.7 Weitere Begriffe

Des Weiteren wurde seitens einiger Teilnehmer*innen um eine genauere Definition für folgende Begriffe gebeten:

- Naturnaher Standort
- CO₂-Senkenfunktion
- torfzehrend (stark/schwach)
- torferhaltend
- moorschonend
- Abgrenzungsdefinition für Übergangs- und Schwingrasenmoore (LRT 7140)
- „Wasserentfernung aus der Fläche“

2.2 Freiwilligkeit von Maßnahmen

Das Prinzip der Freiwilligkeit wurde von vielen Teilnehmer*innen kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite hielten einige Teilnehmer*innen den Weg der Freiwilligkeit für unabdingbar. Mit Freiwilligkeit war hier gemeint, dass es keine Zwangsmaßnahmen für diejenigen geben dürfe, die keine moor(boden)schützenden Maßnahmen ergreifen wollten. Auf der anderen Seite wurden Gründe für ordnungsrechtliche Maßnahmen genannt. Es wurde betont, dass angesichts des Klimawandels nicht mehr viel Zeit bliebe und auf Erfahrungen aus anderen Bereichen hingewiesen (insbesondere Klimaschutz), wonach Freiwilligkeit nicht immer erfolgreich gewesen sei. Ebenfalls wurden andere gesellschaftlich wichtige Bereiche erwähnt, die nicht auf Freiwilligkeit setzen (z. B. Kohleausstieg, Infrastrukturprojekte). So sprach auch der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) von ordnungsrechtlichen Prinzipien, die beim Moorschutz wichtig seien.

Verlässliche Pläne und ordnungsrechtliche Maßnahmen mit Mindeststandards sollten demnach die Freiwilligkeit auf regionaler Ebene vorbereiten und ergänzen, um die

Klimaschutzziele zu erreichen und den Bewirtschaftenden eine Perspektive zu ermöglichen. Förder- und Ausgleichsprogramme seien ebenfalls hinzu zu ziehen. Ein Instrumentenmix aus Freiwilligkeit und Ordnungsrecht sei nach Meinung einiger Teilnehmer*innen das richtige Vorgehen.

Das nachfolgende Kapitel enthält die diversen Maßnahmen und Aspekte, die während der Veranstaltung unter der Thematik der Freiwilligkeit diskutiert wurden. Die Teilnehmer*innen diskutierten unter anderem über die Betroffenheit von Flächen und Grundeigentümern, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Freiwilligkeit sowie die Verbindlichkeiten von Maßnahmen und Freiwilligkeit.

2.2.1 Betroffenheit, Flächen und Grundeigentümer

Flächen und Grundeigentümer seien in vielfältiger Weise von im Diskussionspapier enthaltenen Maßnahmen betroffen. Inwieweit dies jeweils dem Freiwilligkeitsprinzip genüge und auf diesem basieren könne und sollte, wurde kontrovers diskutiert.

Sperrgrundstücke und die Flächenverfügbarkeit wurden von einigen Teilnehmer*innen in Zusammenhang mit den Maßnahmen der Flurbereinigung und Arrondierung von Flächen diskutiert. Zusätzlich standen die pragmatische Umsetzung und ein Flächenmanagement mit den dazugehörigen Verwaltungsstrukturen im Interesse mehrerer Teilnehmer*innen.

2.2.1.1 Sperrgrundstücke und Flächenverfügbarkeit

Der kritische Engpass bei Moorvernässungsprojekten sei die Flächenverfügbarkeit. Naturschutzmaßnahmen, die seit vielen Jahren angelaufen seien, würden oft durch einzelne Sperrgrundstücke und Flächeneigentümer verhindert. Die Probleme träten vor allem bei der Wiedervernässung auf, insbesondere wenn es dabei um Renaturierung ginge (u. a. in LIFE Projekten). Beispielhaft wurde auf das Bundesland Niedersachsen verwiesen: hier könne auf manchen Flächen nicht optimal wiedervernässt werden, weil sich rund 5 Prozent der Flächen noch in Privateigentum befänden und eine dauerhafte und nachhaltige Wiedervernässung verhinderten. An dieser Stelle auf Freiwilligkeit zu setzen, funktioniere erfahrungsgemäß nicht.

Die angesprochene Problematik der Verhinderung von Wiedervernässungsmaßnahmen durch einzelne Nutzer oder Flächenbesitzende mit sehr kleinen Flächenanteilen betreffe nicht nur den Naturschutz, sondern könne auch die Umstellung der Landwirtschaft (beispielsweise auf Paludikulturen) verhindern, so die Meinung einiger Teilnehmer*innen. In diesem Kontext wurde die Möglichkeit, einzelne Enteignungen durchzuführen, von den teilnehmenden Stakeholdern wiederkehrend angesprochen. Die Umsetzung von Wiedervernässungsmaßnahmen solle unbedingt erleichtert werden.

Für den Umgang mit Sperrflächen zur Erleichterung der Durchführbarkeit von Moorschutzprojekten wurden verschiedene Ansätze und Aspekte durch die Teilnehmer*innen zusammengetragen:

- Insbesondere in Bezug auf das de facto Vetorecht von Landbesitzer*innen, ihren Teil einer zusammenhängenden Moorfläche nicht wiedervernässen zu wollen, wurde die Freiwilligkeit seitens einiger Teilnehmer*innen kritisch betrachtet.
- Um die Flächenverfügbarkeit zu verbessern, müssten neue Finanzierungsinstrumente entwickelt werden, wie etwa die Klimapunkte in Schleswig-Holstein, die die Ökosystemleistung Kohlenstoffspeicherung in Bezug auf den Bodenwert monetär mitberücksichtigen, um so die Zahlung höherer Preise beim Flächenkauf zu ermöglichen (s. Wertverlust).
- In Waldgebieten solle die Einrichtung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten über forstliche Rahmenplanungen ermöglicht werden. Dazu sollten diese wieder in das BWaldG aufgenommen werden.
- Eine Duldungspflicht solle für die Vernässung von Flächen in FFH-/Naturschutzgebieten eingeführt werden, damit Sperrgrundstücke nicht wirksam würden.
- (Planungs-)rechtliche Werkzeuge sollten geschaffen werden, um Minderheitssperrflächen in Wiedervernässungsprojekten kein Vetorecht, wie bisher, einzuräumen (Stichwort: „Übergeordnetes öffentliches Interesse“). Es wurde diskutiert, ob Sperrgrundstücke große Projekte überhaupt verhindern dürften. Da es bei anderen Großvorhaben wie dem Autobahnbau vor dem Hintergrund eines „übergeordneten öffentlichen Interesses“ möglich sei, Flächen zu enteignen, stelle sich diesbezüglich die Frage nach dem Stellenwert von Klimaschutz in der Gesellschaft. Eine Meinung dazu war, das Freiwilligkeitsprinzip nicht absolut zu sehen, weil es keine kleinen Sperrgrundstücke bei Großprojekten geben dürfe.
- Ferner wurde argumentiert, dass Moorschutz und Klimaschutz von gesamtstaatlicher Bedeutung seien und entsprechend auch der Umgang mit einzelnen Sperrflächen von gesamtstaatlicher Bedeutung sein sollte. Es müsse sensibel weitergedacht werden. Die Möglichkeit zur finanziellen Entschädigung bestünde bereits u. a. durch den Wildnisfonds. Dennoch sei die negative Wahrnehmung von Enteignung in der Öffentlichkeit, auch wenn eine Entschädigung stattfände, in den Augen einiger Teilnehmer*innen ein Hauptproblem.
- Die Ressourcen für die Wiedervernässung von Mooren müssten, in den Augen mancher Teilnehmer*innen, vor allem auf solche Moore konzentriert werden,

wo möglichst ein kompletter Moorkörper unabhängig von Nutzungs- und Besitzart renaturiert werden könne. Seitens einiger Teilnehmer*innen wurde zudem darauf hingewiesen, dass die Flächenverfügbarkeit auf nicht genutzten oder forstlich genutzten Grundstücken einfacher zu generieren sei und dass dieser Fokus im Diskussionspapier bisher fehle.

2.2.1.2 Flurbereinigung und Arrondierung von Moorflächen

Eine Flächenarrondierung schien vielen Teilnehmer*innen zwingend notwendig, da die Flächenverfügbarkeit ein entscheidender Faktor für die Durchführbarkeit von Wiedervernässungsmaßnahmen sei. Flurbereinigungsverfahren als Mittel zur Flächenbeschaffung in der Moorrenaturierung seien bereits in Anwendung, müssten jedoch effektiver werden. Die angebotenen Kaufpreise seien zudem nicht immer konkurrenzfähig, was eine Arrondierung verhindern könne. Auf die letzten Flurstücke zu warten, sei nicht praktikabel oder ein erheblicher Kostenfaktor.

Problematisch sei, dass das Flurbereinigungsrecht davon ausgehe, dass die Ausführungskosten von den Teilnehmer*innen getragen werden müssten. Dies sei nicht geeignet, um Moorschutzprojekte umzusetzen. Die Kosten einer Flurbereinigung zum Zwecke der Wiedervernässung von Mooren dürften keinesfalls auf die Eigentümer*innen verlagert werden, deshalb sollten hier sogenannte Unternehmensflurbereinigungen durchgeführt werden. Eine staatliche Institution könne hier federführend agieren und die Grundstückseigentümer*innen einbinden.

Ein weiterer Beitrag hält die Umsetzung von Vernässungsmaßnahmen nur für möglich, wenn dafür die geeigneten Flächen in öffentliches Eigentum überführt, arrondiert und gezielt entwickelt würden. Dafür bedürfe es geeinter staatlicher Institutionen mit klarem Mandat, genügender Mittel und eines realistischen Zeithorizonts.

2.2.1.3 Wertverlust

Seitens der Teilnehmer*innen wurde mehrfach der Aspekt eines potenziellen Wertverlustes der Flächen eingebracht.

Flächen können an Wert verlieren. Dafür reiche bereits die Ankündigung von Maßnahmen (Stichwort: Ankündigungseffekte). Zur Bewertung von Flächen, d. h. zur Ermittlung ihres monetären Wertes, wurde das in Vorbereitung befindliche Konzept der Klimapunkte (Schleswig-Holstein) durch einzelne Teilnehmer*innen vorgestellt. Die Klimapunkte sollen zukünftig die Honorierung von CO₂-Einsparpotenzialen, die auf einer Moorbodenfläche pro Hektar und Jahr durch Klimaschutzmaßnahmen erreicht werden können, ermöglichen. Der Flächeneigentümer tritt das Recht auf Vernässung und Bewirtschaftung dauerhaft an einen öffentlichen Träger ab und wird dafür entschädigt. Durch dieses Vorgehen würden höhere Flächenpreise erzielt als es

bisher. Damit solle die Flächenverfügbarkeit gesteigert werden. Im Vergleich zu anderen Klimaschutzmaßnahmen seien die Preise dennoch relativ gering (s. Klimazertifikate).

Um dem Wertverlust von Flächen entgegenzuwirken, wird von mehreren Teilnehmer*innen ebenfalls die Honorierung von Klimaschutzmaßnahmen als Maßnahme angesprochen (s. Finanzielle Steuerungsmöglichkeiten). Zusätzlich seien die wirtschaftlichen Perspektiven für Bewirtschaftende (s. Zukünftige und dauerhafte wirtschaftliche Perspektive nach Wiedervernässung) und die Sicherung von Pachteinnahmen von Wichtigkeit (s. Menschen und Betriebe einbinden).

2.2.1.4 Pragmatische Umsetzung

Um die Bereitschaft zur Durchführung von Moorschutzmaßnahmen im Wald zu vergrößern, wurde eine pragmatische Umsetzung, vor allem seitens der Forstwirtschaft eingefordert. Die Renaturierung von Mooren sei eine „Mammut-Aufgabe“, die einen langen Atem benötige. Eine pragmatische Umsetzung von Moorschutzprojekten oder -maßnahmen werde durch die erheblichen Unterschiede zwischen den Konzepten der Bundesländer erschwert. Eine Vereinheitlichung sei demzufolge hilfreich.

Nachfolgend werden weitere Aspekte im Zusammenhang mit einer pragmatischen Umsetzung angeführt:³

- In den landesrechtlichen Regelungen sei festzulegen, dass die verbindliche Ausweisung nutzungsfreier Wälder auf Moorstandorten für alle Grundeigentümer eine direkte Befreiung von Abgaben an die Wasser-, Boden- und/oder Deichverbände zur Folge habe.
- Finde im Zusammenhang mit einer Wiedervernässung eine Waldumwandlung im Sinne des Forstrechts statt, sei diese in der Regel mit Ersatzaufforstungsverpflichtungen verbunden. Da dafür häufig keine Flächen zur Verfügung stünden, verhindere dies häufig die Wiedervernässung von Moorböden. Das Forstrecht solle daher dergestalt angepasst werden, dass für Moorbodenstandorte ein Ausnahmetatbestand geschaffen und für eine Waldumwandlung auf diesen keine Ersatzaufforstung mehr erforderlich sei.

³ Einige Aspekte der pragmatischen Umsetzung, wurden bei der Veranstaltung nur im Kontext des Moorschutzes im Wald bzw. Forst diskutiert, könnten aber zumindest teilweise auch auf landwirtschaftlich genutzte Flächen übertragbar sein. Dies bedürfte einer Prüfung.

- Leistungen, die Waldbesitzer*innen aufgrund ihres Eigentums erbrächten, müssten entsprechend honoriert werden, so auch eine Wiedervernässung von Moorswäldern, insbesondere wenn die Bewirtschaftung dadurch eingeschränkt werde und mögliche Substitutionseffekte nicht zum Tragen kämen. Wenn sich Waldbestände durch Wiedervernässung verändern oder sogar absterben, müsse hierfür ein Ausgleich gewährt werden, um eine Zustimmung von Privatwaldbesitzer*innen zu gewinnen.
- Bei der Förderung von Moorschutzmaßnahmen im Wald (sowohl EU- als auch Bundesmittel) sei es wichtig, eine hundertprozentige Förderung zu ermöglichen, sodass die Waldbesitzer*innen nicht wie bisher einen Eigenanteil von 40-60 Prozent beisteuern müssten, den sie zumindest aktuell nicht leisten könnten.

2.2.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Freiwilligkeit

Das Thema Freiwilligkeit wurde im Kontext wirtschaftlicher Rahmenbedingungen widersprüchlich diskutiert. Folgenden Argumente und Aspekte wurden genannt:

- Marktwirtschaftliche Instrumente wirkten auf freiwilliger Basis. Sie seien in bestimmten Fällen dazu geeignet, eine Verfügbarkeit von privaten Flächen zu generieren, wenn Angebot und Nachfrage stimmten.
- Durch eine stärkere Marktfazilitierung werde weniger Freiwilligkeit gebraucht.
- Freiwilligkeit müsse auch für die Bewirtschaftung durch Betriebe gelten. Verbote oder agrarpolitische Rahmenbedingungen der GAP höhlten die Freiwilligkeit aus.
- Kritisch betrachtet werde Freiwilligkeit auch, weil unterschiedliche Treibhausgasenkungspotentiale der Moore keine Berücksichtigung fänden.
- Für eine Umsetzung von Freiwilligkeit brauche es Beratungsmöglichkeiten für Land- und Forstwirt*innen und entsprechende personelle Ressourcen (s. Betreuung(skontinuität) und Flächenmanagement).
- Der Bereich Beschäftigung und Wertschöpfung für Land- und Forstwirt*innen (wo nehmen sie ab - wo liegen Chancen) solle im Kontext des Freiwilligkeitsprinzips für den Bereich Forstwirtschaft und darüber hinaus bearbeitet werden. Freiwilligkeit allein werde nicht reichen, um die Ziele zu erreichen - es ginge auch um die Substitution von Arbeitsplätzen und Einkommen. Laut einiger Teilnehmer*innen müsse eine wirtschaftliche Perspektive für (zukünftige) Generationen geschaffen werden (s. Zukünftige und dauerhafte wirtschaftliche Perspektive nach Wiedervernässung).

- Aus landwirtschaftlicher Sicht würden komplette Wertschöpfungsketten benötigt, um die Akzeptanz von nasser Moorbewirtschaftung zu erreichen. Dafür brauche es einen Maßnahmenstrauß aus Pilotvorhaben und Demonstrationsbetrieben (s. Zukünftige und dauerhafte wirtschaftliche Perspektive nach Wiedervernässung).
- Um den Erhalt der Moore zu sichern, wurden auch Ansätze verschiedener Zertifizierungen diskutiert. In Bezug auf die Wiedervernässung entwässerter Moore könnte ein Zertifizierungssystem den Waldbesitzer*innen und Landwirt*innen die Einhaltung besonderer Richtlinien zum Moorschutz bescheinigen. Es wurde zudem auf die Verpflichtung aus der PEFC-Zertifizierung hingewiesen.

2.2.2.1 (Kontraproduktive) Förder- und Ausgleichsprogramme

Der Umgang mit kontraproduktiven Förderprogrammen und Ausgleichsprogrammen wurde zwischen einigen Teilnehmer*innen kontrovers diskutiert.

Es wurde angeregt, dass für den Moor- und somit Klimaschutz kontraproduktive Förderungen in der Europäischen Union und in Deutschland abgebaut werden sollten. Die GAP-Zahlungen für entwässerte Moorböden wurden seitens einiger Teilnehmer*innen als die größten Treiber der Treibhausgasemissionen im landwirtschaftlichen Bereich genannt und sollten als erstes abgebaut werden. Es werde nicht ersichtlich, woraus sich die Sonderrolle der Landwirtschaft ergäbe. Die jährlichen Klimafolgekosten der Bewirtschaftung von Moorböden entsprächen der Wertschöpfung der deutschen Landwirtschaft und trotzdem werde die Bewirtschaftung weiter von der Gemeinsamen Agrarpolitik gefördert. GAP-Zahlungen sollten stattdessen für den Klimaschutz und die Festlegung von Kohlenstoff umgewidmet werden (s. Konzept „Moor-Klimawirt*in“).

Es wurde andererseits argumentiert, dass ein Abbau der GAP-Zahlungen für entwässerte Moorböden das Prinzip der Freiwilligkeit aushöhle, da dies eine wirtschaftliche Fortführung bestimmter Nutzungen unmöglich mache und Landwirt*innen diesbezüglich somit faktisch keine freie Wahl mehr hätten.

Kooperationswille und Freiwilligkeit stünden nach Meinung einiger Teilnehmer*innen mit einem finanziellen Ausgleich in Verbindung. Wenn entsprechende Gelder zur Verfügung gestellt würden, werde sich auch etwas bewegen. Als weiterer Vorschlag wurde von den Teilnehmer*innen eingebracht, dass Wiedervernässungen mit Ökopunkten ausgestattet und als Ausgleichsmaßnahmen anerkannt werden könnten. Zudem sahen einige Teilnehmer*innen einen angemessenen finanziellen Ausgleich für konkret erbrachte Leistungen als wichtigstes Mittel an, um zeitnah benötigte Ergebnisse zu erzielen.

2.2.2.2 Menschen und Betriebe einbinden

Die Einbindung von Menschen und Betrieben in die Planung und Umsetzung von Vorhaben und Maßnahmen zum Schutz der Moore schien ein interdisziplinäres Anliegen darzustellen, aus dem gemeinsame Herausforderungen und Lösungsansätze entstehen können. Betont wurde immer wieder die Notwendigkeit regionaler Ansätze, vor dem Hintergrund der regional unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Nach Ansicht einiger Teilnehmer*innen dürften keinesfalls nur betriebliche Zahlen betrachtet werden, sondern auch die Existenzen und Menschen, die es einzubinden gilt, sollten im Fokus stehen.

Es wurde an die Bundesregierung appelliert, ein Konzept zu erstellen, um die Menschen im Transformationsprozess mitzunehmen und zu berücksichtigen, welche Existenzen seit der Ansiedlung auf Mooren aufgebaut wurden. Unterschiede zwischen Mooren sowie die Bevölkerungsdichte in den Gebieten seien zu beachten. Den Menschen müsse eine neue klare Perspektive aufgezeigt werden. Dies erfordere aber auch die Bereitschaft aller Beteiligten, sich mit Alternativen zu den aktuellen Betriebsstrukturen zu beschäftigen.

Laut einigen Teilnehmer*innen fehle es der Wasserwirtschaft an Möglichkeiten zur Einbindung von Menschen und Betrieben. Gerade der Landwirtschaft und Wasserwirtschaft müsse Zeit gegeben werden, um die Menschen in der Region beim Thema Moorschutz mitzunehmen.

Viele Moorflächen (etwa 70 Prozent) seien verpachtet. Besonders hier sei es notwendig, nicht nur die Bewirtschaftenden, sondern auch die Eigentümer*innen zu berücksichtigen. Befürchtungen seitens einiger Teilnehmer*innen sind beispielsweise, dass die Eigentümer*innen zu spät bemerkten, dass ihr Besitz an Wert verliere und die pachtenden Landwirte*innen mit massiven Einschränkungen zurechtkommen müssten und so nicht mehr in der Lage sein würden, ihre Pacht zu zahlen.

2.2.2.3 Marktwirksamkeit und Konsument*innenverhalten

Nach Meinung einiger Teilnehmer*innen solle der Moorschutz als langfristiger Gesellschaftsvertrag mit einer Bepreisung von Treibhausgas-Emissionen umgesetzt werden, der mit einer anfänglichen Klimaprämie angestoßen werden könne. Die Aufgabe einer Transformation müsse dann von den Bewirtschaftenden ausgehen. Staatliche Projekte seien als Pionierprojekte zu sehen. Es müsse in diesem Zusammenhang auch verstärkt herausgearbeitet werden, welche Rolle die Konsument*innen im Sinne des Moorschutzes einnehmen (Konsument*innenbildung). Um an die Bevölkerung zu appellieren, sei allen voran Bildung notwendig. Ein*e Teilnehmer*in nannte beispielhaft den Hobbygartenbau als Ansatzpunkt, um torffreie Erden zu etablieren (beispielsweise durch Hinweise auf den Treibhausgasgehalt bei Torf enthaltenden Er-

den). Die Bundesregierung solle im Hobbygartenbau einen vollständigen Verzicht auf Torf bis 2025 herbeiführen. Für den Erwerbsgartenbau solle die Torfminderungsstrategie mit einem Fahrplan für den vollständigen Ausstieg bis 2030 aus der Torfverwendung ergänzt und mit einem ambitionierten Torfminderungs-Aktionsplan umgesetzt werden. Torf- und Erdenwerke, Gemüse-, Obst- und Zierpflanzenproduktion, Baumschulen sowie Friedhofsgartenbau sollten, laut diesem Beitrag, bei der Umstellung unterstützt werden (s. Ausstieg aus der Torfnutzung).

Der Bund solle für die Rechtssicherheit des freiwilligen Kohlenstoffmarkts sorgen. Über diesen könne den Landwirt*innen die Vernässung und Nutzungsumstellung finanziert werden. Ebenfalls sollte die Wiedervernässung von Moorböden im CO₂-Handel berücksichtigt werden.

Beispielhaft wurde seitens einiger Teilnehmer*innen auch eine CO₂-Bepreisung als vorteilhaftes Konzept vorgestellt, bei der ein Wald auf entwässertem Boden Kosten verursachen würde, während ein wiedervernässter Standort Bonuszahlungen einbringen könne. Vor allem die CO₂-Speicherung im Holz (und dessen Export bei Nutzung) und die CO₂-Speicherung im Moorboden können in diesem Ansatz gegenge-rechnet werden.

2.2.3 Verbindlichkeit und Langfristigkeit

Neben dem Prinzip der Freiwilligkeit, auf dem das Diskussionspapier für die Moorschutzstrategie der Bundesregierung beruhen soll, wird deren Verbindlichkeit beziehungsweise Verlässlichkeit von einigen Teilnehmer*innen– auch über Förderperioden hinaus – als wesentliche Voraussetzung für deren Praktikabilität und Erfolg gesehen. Insbesondere sei zudem auf eine langfristige Finanzierung zu achten.

2.2.3.1 Betreuung(skontinuität) und Flächenmanagement

Die Betreuung von Moorschutzprojekten und -flächen benötige Stabilität (im Sinne einer dauerhaften Betreuung und staatlicher Kümmerer), umfassende Kenntnisse und Erfahrungen, ausreichender personeller Kapazitäten und Handlungsspielräume. Eine nachhaltige Bewirtschaftung von Moorflächen bei einer dezentralen Organisation sei für einige Teilnehmer*innen schwer vorstellbar. Einige Teilnehmer*innen betonten daher die Notwendigkeit eines zentralen Flächenmanagements zur Koordinierung der Zielsetzungen, der Bündelung von Interessen oder der Finanzierung für die Beschaffung von Moorräumen. Darüber hinaus fehle nach Aussagen einiger Teilnehmer*innen auch eine zentrale Institution und Schnittstelle für Antragsstellungen.

Es müsse zudem festgestellt werden, wieviel Personal pro (moorreiches) Bundesland zur Bewältigung der Moorschutzaufgaben wie Beratung, Einsatz von Fördermitteln,

behördliche beziehungsweise institutionelle Begleitung und Unterstützung von Projekten etc. erforderlich sei.

Auch für einzelne große Moorschutzprojekte (Flächengröße > 1.000 ha) wurde der Bedarf einer Betreuungskontinuität formuliert, die für eine stabile Kommunikation, Maßnahmen-Steuerung, Monitoring-Kontinuität und bei Bedarf Nachsteuerung sorgt. Hierzu gelte es zu klären, welche Voraussetzungen und Kompetenzen stabilere Moorschutz-Organisation benötigen.

Unterstützt wurde seitens einiger Teilnehmer*innen zudem auch die Forderung einer kostenlosen Betriebsanalyse bzw. eine institutionelle Beratung sowie die Gewährung von Unterstützungsleistungen für Betriebe, die auf moorschonende Bewirtschaftungsformen umstellen wollen.

2.2.3.2 Langfristiger Gesellschaftsvertrag und Transformationspfad mit Meilensteinen

Es sollte aus Sicht einiger Teilnehmer*innen einen gesamtgesellschaftlich ausgearbeiteten, klaren und langfristigen Transformationspfad geben, der einen Interessenausgleich für Moorregionen (ähnlich dem Kohleausstiegsgesetz) gewährt und Planungssicherheit liefere. Eine langfristige organisatorische Handlungsfähigkeit wurde als ein wesentlicher Schlüssel gesehen. Dazu sei die Setzung konkreter Meilensteine für den Ausstieg aus der entwässerungsbasierten Moornutzung und den Einstieg in ein großflächiges Moormanagement erforderlich, die durch Aktionsprogramme auf Bundes- und Landesebene konkretisiert werden könnten.

Der Transformationspfad müsse bei der jetzigen Situation der Landwirt*innen ansetzen, dürfe keine Existenzen gefährden und müsse einen Einstieg in die Emissionsreduktion bieten. Für die Planungssicherheit sei es erforderlich, eine Art Masterplan für die Umstellung der Bewirtschaftung von entwässerten Mooren zu moorschonender Landnutzung zu entwickeln. Dabei spielten kostenlose Information und Beratung von Betrieben eine große Rolle.

Die Strategie solle auch Vorgaben für die Entwicklung von Flächen (mit organischen Böden) bereitstellen. In diesem Kontext wurde seitens einiger Teilnehmer*innen für den Ankauf und die Wiedervernässung von Moorböden die Zielgröße von 300.000 Hektar vorgeschlagen.

Ebenso erfolgte seitens der Teilnehmer*innen der Hinweis, dass ein Ausstieg aus der entwässerungsbasierten Moornutzung ein Paradigmenwechsel ähnlich dem des Kohleausstiegs sei. Auch hier seien wenige Regionen und Akteure überproportional betroffen und müssten im Strukturwandel besonders unterstützt werden.

2.3 Wasser, Wassermanagement und Wasserwirtschaft

Dieses Kapitel fasst die Argumente und Hinweise zusammen, die von Teilnehmer*innen zum Themenkomplex „Wasser“ geäußert wurden. Insbesondere diskutierten Stakeholder zu Fragen der Wasserverfügbarkeit, der Machbarkeit der Wiedervernässung, des Einbezugs der Wasserwirtschaft im Diskussionspapier, über mögliche Interessenkonflikte sowie die Bedeutung von Wasser- und Bodenverbänden.

Viele Teilnehmer*innen waren sich einig, dass der Wasserstand die zentrale Stellenschraube zur Moorboden-/Torferhaltung sei. Diverse übergreifende weitere Aspekte wie die Verfügbarkeit von Wasser (auch vor dem Hintergrund des Klimawandels), die Wiedervernässbarkeit von Moorflächen, die Befahrbarkeit zu Zwecken der Bewirtschaftung sowie die Trinkwassergewinnung wurden von Stakeholdern zudem diskutiert.

Einige Teilnehmer*innen forderten, ein grundsätzliches Umdenken zum Thema Wassermanagement – weg von Entwässerung hin zu Wasserrückhaltung in der Landschaft - zu fördern und den Maßnahmenstrauß im Diskussionspapier, um Maßnahmen jenseits der Wiedervernässung zu erweitern. Einige Stakeholder wünschten sich zudem eine realistische Auseinandersetzung mit dem Thema Vernässbarkeit aufgrund von Standortabhängigkeiten. Es wurde seitens mehrerer Teilnehmer*innen darauf hingewiesen, dass noch Forschungsbedarf zur Quantifizierung der Wasserflüsse insbesondere in Hinblick auf den Klimawandel bestünde und entsprechende Forschungsergebnisse zum Thema Wasser einbezogen werden sollten (s. Schnittstellen zu bestehenden und geplanten Strategien, Konzepten, Politiken und Richtlinien).

Eine Vielzahl der Stakeholder merkte zudem an, dass die Themen Hydrologie und der Aspekt Wasser in seiner gesamten Breite als gesondertes Kapitel, und auch übergreifend zu verschiedenen Landnutzungen, im Diskussionspapier für die Moorschutzstrategie der Bundesregierung enthalten sein sollten.

Einigkeit bestand größtenteils darin, dass mit der Wiedervernässung von Naturschutzflächen alsbald begonnen werden und die Wiedervernässung ungenutzter Flächen eine verbindliche Vorgabe werden sollte.

2.3.1 Wasserverfügbarkeit

Die Wasserverfügbarkeit – ein zentraler Aspekt für Wiedervernässungen – wurde unter den Rahmenbedingungen des Klimawandels von Teilnehmer*innen wiederholt als problematisch bezeichnet, da aufgrund der zunehmenden Trockenheit das Wasserdargebot für Wiedervernässungen unzureichend sein kann. Die Grenzen und Möglichkeiten der Wasserzufuhr in Moore seien ebenso zu berücksichtigen wie die Auswirkungen eines Wasserentzugs z. B. zur Trinkwasserentnahme (insbesondere zur Versorgung von Ballungsräumen). Zudem sollten laut Teilnehmer*innen auf regiona-

ler Ebene die Interessen der Oberlieger, Moorstandorte und Unterlieger in Einklang gebracht werden.

Die Wasserverfügbarkeit wurde in der Diskussion zudem an einigen Stellen als eine „Frage der Priorisierung“ bezeichnet. Moorschutz solle ein (regionalisierbares) Wasserhaushaltsziel sein. Eine Wasserhaltung in den Mooren während der Wintermonate solle gewährleistet sein und könne auch dem gesamten Landschaftswasserhaushalt zugutekommen. Bisher wurde Wasser im Frühling abgepumpt und fehle daraufhin in den Sommermonaten, nicht nur für den Moorschutz, sondern auch in der Landwirtschaft.

Der Klimawandel sei ein „Game-Changer“ für Moore und ihre Renaturierungsmöglichkeiten. Vor allem die Niederschlagsverhältnisse würden sich erheblich verändern. Möglicherweise müssten Kompromisse zur Wunsch-Renaturierung aufgrund von veränderten Wasserständen eingegangen werden. Dadurch könnte sich auch für ursprüngliche offene Moorbiotope wegen der zu großen Trockenheit und in der Folge Mineralisierung und Eutrophierung die Entwicklung von Moorwald als bestmöglicher Kompromiss herausstellen. Es seien hochauflösende Klimaprognosen zur Aktualisierung der Erkenntnisstände notwendig.

Die Wasserflüsse der Moore sollten laut einigen Teilnehmer*innen immer im Einzugsgebietsmaßstab betrachtet werden und die Wassernutzung anderer Interessensgruppen berücksichtigen (mit dem Ziel eines Konsenses) (s. Nationale Wasserstrategie).

2.3.2 Wiedervernässung

Einige Teilnehmer*innen merkten an, dass erfolgreiche Wiedervernässungsmaßnahmen eine gesamtheitliche hydrologische Betrachtung eines Moorkörpers voraussetzen. Ein einfacher Rückbau der Entwässerungsinfrastrukturen reiche oft nicht aus, sondern es sei notwendig, ein voll umfängliches Wassermanagement zu etablieren, das eine Wasserzufuhr in Trockenheitsphasen, einen Wasserrückhalt sowie eine Anhebung der Wasserstände unter Berücksichtigung der Anforderungen der Nutzungen plant. Ein Moorkörper umfasse oft verschiedene Nutzungsarten (Paludikultur ganz nass, nasse Bewirtschaftung mit etwas geringeren Wasserständen) und eine Vielzahl von Grundeigentümer*innen, die in die Planung einbezogen werden müssten. Ein Plan B zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen aus nicht vernässbaren Mooren (u. a. aus standörtlichen Gründen oder mangels Wasserverfügbarkeit) fehle im Diskussionspapier. In Bezug auf konkrete Wiedervernässungsmaßnahmen wurde von einigen Teilnehmer*innen der Wunsch geäußert, dass der Bund als Vorbild voranginge und nicht bewirtschaftete Bundes- und Landesflächen wiedervernässe.

Als weiterer Aspekt wurde die Berücksichtigung geringfügiger Anhebungen von Wasserständen zum Erreichen von Klimaschutzzielen in Moorgebieten im Gegensatz zur idealen langfristigen Vollvernässung und Betriebsumstellung eingebracht.

Mit der Wiedervernässung von Naturschutzflächen solle alsbald begonnen werden, die Wiedervernässung ungenutzter Flächen eine verbindliche Vorgabe werden. Es müsse auch die Umsetzung von Wiedervernässungsprojekten vereinfacht und dadurch möglich gemacht werden. Neben dem Bedarf erheblicher finanzieller Ressourcen wurde auf den Zeithorizont als wichtiger Aspekt hingewiesen. Der Zeitbedarf sei deutlich höher als in den Programmen vorgesehen.

2.3.3 Einbezug der Wasserwirtschaft

Einige Teilnehmer*innen der Stakeholder-Veranstaltung sprachen sich zudem für eine stärkere Einbeziehung der Wasserwirtschaft im Diskussionspapier aus. Die Wasserwirtschaft fehle als wichtiger Akteur in einigen Handlungsfeldern des Diskussionspapiers für die Moorschutzstrategie der Bundesregierung. Es gelte, die Wasserwirtschaft mit einem gesamtheitlichen regionalen/landschaftlichen Wassermanagement aktiv aufzubauen und einzubeziehen. Dazu würden vor Ort sowohl Kümmerer als auch Kenner mit regionalem Wissen benötigt. Dazu gehöre, dass der Moorschutz als ein (regionalisierbares) Wasserhaushaltsziel im Aufgabenspektrum der Wasserwirtschaft verankert wird.

Weitere Aspekte des regionalen Landschaftswassermanagements, die die Wasserwirtschaft betreffen, für den Moorschutz relevant seien und in die Strategie aufgenommen werden sollten, seien unter anderem der Hochwasserschutz, die Retentionsfähigkeit, die Trinkwassergewinnung z. B. unter großen Niedermooren und in Mittelgebirgslagen sowie die Berücksichtigung der Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL).

2.3.4 Interessenkonflikte

Aus der Diskussion traten innerhalb der Thematik Wasser diverse Interessenkonflikte hervor, die es zu berücksichtigen gelte.

- Einige von den Teilnehmer*innen als konfliktträchtig identifizierte Aspekte seien im Diskussionspapier bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden, darunter: der steigende Wasserentzug durch Siedlungstätigkeit (Beispiel: Berliner Umland), die Trinkwasserentnahme unter Niedermooren (z. B. Donaumoos) und die schnelle Ableitung von Wasser aus der Landschaft, die sich alle negativ auf die regional z. T. ohnehin schon geringe und durch die sich häufenden klimawandelbedingten Trockenperioden noch verringernde Wasserfügbarkeit auswirkten. Dies reduziere vielerorts die Chancen einer erfolgreichen Wiedervernässung von Mooren. Der Bewuchs der Moore könne abhängig von seiner spezifischen Ver-

dunstung und dem dadurch bedingten Wasserverbrauch zudem selbst Auswirkungen auf den Wiedervernässungserfolg haben. Die Wiedervernässung von Mooren verbunden mit dem Aufstauen von Vorflutern und Drainagen, könnten zudem zu Hochwasser und Überschwemmungen führen.

- Nasse Nutzungsformen (Paludikulturen) seien noch nicht ausreichend erprobt und böten bisher keine zuverlässigen langfristigen wirtschaftlichen Perspektive (s. Paludikulturen).
- Seitens einiger Teilnehmer*innen wurde gefordert, dass Interessenskonflikte gesamtgesellschaftlich angegangen werden sollen, auch wenn dafür Investitionen benötigt würden (u. a. Hochwasserschutz, Trinkwasserversorgung). Es brauche mehr Anreize für die Schaffung hydrologischer Pufferzonen und die Wiedervernässung allgemein, um eine erfolgreiche Umsetzung zu garantieren.
- Gerade im Bereich der Landwirtschaft zeigten sich bei erhöhten Wasserständen viele Probleme, wie beispielsweise eine begrenzte Befahrbarkeit sowie bei Grünland verminderte Futterqualität und -quantität und Parasitenbefall bei Beweidung. Auch mit Erfahrung bei der Bewirtschaftung nasser Moore, steige der Bewirtschaftungsaufwand mit den Jahren stark und führe oft aufgrund einer schlechten Kosten-Nutzen-Relation trotz Förderung zur Einstellung der Bewirtschaftung. Durch das Verbinsen der Flächen verschwänden zudem zunehmend Wiesenvögel.
- Ein gemeinsames Vorgehen mit Landwirt*innen und die Berücksichtigung umliegender Flächen und Bauten wird von einigen Teilnehmer*innen gewünscht. Die Dürreproblematik könne durch Entwässerung verschärft werden. Zudem würden Flächen bei fortschreitender Entwässerung durch Torfschwund weiter absinken. Diese Aspekte und welche und/oder ob eine Bewirtschaftung einerseits bei einer Fortführung der entwässerungsbasierten Nutzung und andererseits nach einer schnellen Vernässung weiterhin möglich sein würde, gelte es zu diskutieren.
- Laut einigen Teilnehmer*innen könnten bodenschonendere Techniken der Moorbewirtschaftungen aus wettbewerbsgründen oft nicht finanziert werden. Unterflurbewässerungen seien sehr teuer und erbrächten keine zuverlässigen Emissionseinsparungen. Alternative Nutzungsformen müssten regional gedacht werden. Seitens der Landwirt*innen wird Datenmaterial (d. h. Karten) eingefordert, das sinnvolle Flächen für den Moorschutz aufzeigt, denn eine Wiedervernässung hochertragreicher Böden sei für die meisten nicht denkbar.

2.3.5 Bedeutung von Wasser- und Bodenverbänden

Viele Teilnehmer*innen merkten an, dass Wasser- und Bodenverbänden im Moorschutz eine wichtige Rolle zukäme und im Diskussionspapier einige Aspekte zu diesen nachgebessert oder neu aufgenommen werden sollten.

Wasser- und Bodenverbände seien bisher bestrebt gewesen, zu entwässern (beispielsweise im Emsland). Die Verbände sollten, laut der Beiträge einiger Teilnehmer*innen, in die Verantwortung für ein neues Wassermanagement genommen werden. Eine strukturelle sowie personelle Stärkung der Wasser- und Bodenverbände schien vielen Teilnehmer*innen für einen effektiven Moorschutz notwendig. Die Wasser- und Bodenverbände seien ihrer Meinung nach aktuell nicht passend aufgestellt und hätten zudem nicht die Ressourcen zur Verfügung, die Aufgabe Moorschutz zu übernehmen. Ressourcen seien jedoch notwendig, um einen Zusammenschluss zwischen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft zu erwirken und langfristige Strukturen aufzubauen, ohne die der Moorschutz nicht funktioniere. Eine finanzielle Stärkung dürfe jedoch nicht über die Umlage auf die Flächen erfolgen. Die Verbände sollten in die Verantwortung für ein neues Wassermanagement genommen werden.

Die Stärkung sei lediglich in Verbindung mit weiteren Aufgaben wie dem Wasserrückhalt sinnbringend. An das erweiterte Aufgabenspektrum gliederte sich der Wunsch nach einem neuen Verständnis sowie einer bundesweiten Regelung an, durch die die Satzungen der einzelnen Verbände zukünftig Moor-, Klima, und Biodiversitätsschutz enthalten müssen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass regional die Sorge vor einer Wiedervernässung und damit zusammenhängender Flächenbeeinträchtigung hoch sei (s. Zukünftige und dauerhafte wirtschaftliche Perspektive nach Wiedervernässung). Des Weiteren wird auch auf die Bedeutung der Ausbildung von Hydrologen sowie auf die Pflichtmitgliedschaften für Waldbesitzer*innen in einzelnen Bundesländern hingewiesen.

2.4 Ziele und Ambitionen

Das folgende Kapitel trägt die Aspekte zur Zielsetzung und zu den Ambitionen des Diskussionspapiers zusammen. Die Teilnehmer*innen beteiligten sich zu Klimazielen, zu den Zielen für landwirtschaftlich genutzte Flächen, zu naturschutzfachlichen Zielen, dem Ausstieg aus der Torfnutzung sowie zu Wildnisentwicklung und Prozessschutz.

Nachfolgend werden übergreifende Beiträge der Teilnehmer*innen zu Zielen und Ambitionen dargestellt:

- Das Diskussionspapier schien der Mehrheit der Teilnehmer*innen und aus Sicht der Forschung zwar viele gute Ansätze zu enthalten, aber nicht ambitioniert genug zu sein, um die gesetzten Klimaziele zu erreichen. In dem zu allgemein gehaltenen Diskussionspapier fehlten ferner auch Indikatoren zur Erfolgskontrolle. Dies solle in der Strategie mitsamt ihren Zielen, insbesondere aus Sicht der Forschung, nachgeschärft werden.
- Während der Veranstaltung wurden Zielvorstellungen und Zielwerte zu Klimazielen und Klimakompensationen geäußert. Die Teilnehmer*innen bezogen sich auch auf Ihre Vorstellungen von Zielen für die landwirtschaftlich genutzten Flächen, auf naturschutzfachliche Ziele und dem Ausstieg aus der Torfnutzung. Weiterhin gingen die Teilnehmer*innen auf Indikatoren zur Erfolgskontrolle ein. Weitere Anliegen waren die Wildnisentwicklung und der Prozessschutz sowie die Förderung der moortypischen und torfbildenden Pflanzenarten.
- Einige Teilnehmer*innen forderten konkrete Angaben zu Einzelzielen und Umsetzungszielen. Ebenfalls wurde die Frage nach Aussagen zu einem möglichen Finanzrahmen zur Umsetzung der Moorschutzstrategie der Bundesregierung und der Dauerhaftigkeit der Finanzierung eingebracht. Einige Teilnehmer*innen forderten zur Umsetzung der zukünftigen Moorschutzstrategie der Bundesregierung ein Aktionsprogramm.
- Weitere Teilnehmer*innen formulierten die Forderung nach einem „Torfausstiege“ und dem Ausstieg aus der entwässerungsbasierten Landwirtschaft analog zum ambitionierte Kohleausstieg. Diese Ähnlichkeit solle sich, nach Meinung einiger Teilnehmer*innen, vor allem in einem ähnlichen Kompromiss und einer ähnlichen Konsequenz für den Torfausstieg widerspiegeln.
- Übergreifend gesehen sollten Bundes-, Landes- und Körperschaftseigene Flächen in jeglicher Hinsicht eine Vorbildfunktion übernehmen. Dafür müssten aktuell zunächst alle Entwässerungen gestoppt und die dazu dienenden Einrichtungen zurückgebaut werden. Dies sei beispielsweise in Niedersachsen für den Landeswald geplant.
- Einige forderten, dass Ziele konkreter, ehrgeiziger, messbar und Sektorübergreifend formuliert werden und mit Meilensteinen abgesteckt sein sollten. Ziele sollen mit Maßnahmen verknüpft und mit möglichen Finanzierungsmodellen unterfüttert werden. 2050 wurde als klimapolitische Zielmarke genannt. Als weiterer Ansatz wurde eine nach Bundesländern stratifizierte, Szenario basierte Potentialableitung (wissenschaftlich, fachlich, technisch, rechtlich, ökonomisch, sozialverträglich) genannt und beispielhaft auf das bayerische Projekt „KliMoBay“ verwiesen.

- Die bestehenden planungs- und förderrechtlichen Rahmenbedingungen sollten angepasst werden, um den Moorschutz in Deutschland voranzubringen. Zudem wiesen einige Teilnehmer*innen darauf hin, dass Freiwillige deutlicher unterstützt werden müssten und die Landwirtschaft deutlicher in die Verantwortung genommen werden müsste.
- Zu der Zielsetzung gehöre für einige Teilnehmer*innen auch, eine andere Form der Moornutzung. Moore sollten ihrer Meinung nach nicht nur für die Produktion von Biomasse dienen, sondern auch so aufgestellt werden, dass sie als Kohlenstoffsenke dienen.

2.4.1 Klimaziele

Das Erreichen der Klimaziele wurde von vielen Teilnehmer*innen als zentral erachtet. Vor diesem Hintergrund wurde teilweise ein deutlich ambitionierteres Vorgehen als im Diskussionspapier skizziert eingefordert, inklusive eines klar definierten zeitlichen Horizonts (s. Ziele und Ambitionen).

Konkrete Zielwerte und -größen sollten jeweils für die Flächen zur Wiedervernäsung, für die angepasste landwirtschaftliche Moornutzung, für die Beendigung des Torfabbaus und für die Treibhausgas-Emissionsminderung definiert werden. Weiterhin wurden klare Vorgaben für Investitionen in diesen und weiteren Bereichen gefordert. Insbesondere das Ziel einer Reduktion von 5 Millionen Tonnen Treibhausgas-Emissionen (in CO₂-Äquivalenten) bis 2030 wurde von vielen Teilnehmer*innen als zu wenig ambitioniert gesehen. Andere hielten dieses Reduktionsziel für unrealistisch, da die Maßnahmen weder auf ihre Praxistauglichkeit hin getestet noch ihre Wirtschaftlichkeit gesichert seien.

Ein Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise war die Erarbeitung von Szenarien mit unterschiedlichen Zielwerten. Die Szenarien könnten demnach aufzeigen, ob die Ziele bis 2030 für den Klimaschutz ausreichend seien, welche Ziele realistisch und welche technisch realisierbar oder pragmatisch seien.

Nach Ansicht mehrerer Teilnehmer*innen reichten bisherige Organisations- und Finanzinstrumente für das Erreichen ambitionierter Ziele nicht aus. Auch diesbezüglich sei ein sehr viel ambitioniertes Herangehen erforderlich. Hierzu bedürfe es einer Entscheidung, wieviel der Gesellschaft eine solche Transformation wert sei und wieviel man hierfür investieren wolle. In diesem Zusammenhang wurde die Idee geäußert, den Ausstieg aus der Moorbodennutzung in zehn Jahren gesetzlich festzulegen und großzügig zu entschädigen. Einige Teilnehmer*innen berichteten von einer gesamtgesellschaftlichen Forderung nach einem Treibhausgas-Reduktionsziel von 55 Prozent. Dieses müsse auch für die Reduktion der Treibhausgase aus Mooren gelten, um ebenso ambitioniert vorzugehen, wie andere Sektoren.

Einige Teilnehmer*innen baten darum, auch die Konsequenzen des Klimawandels auf die Moorbodennutzung zu betrachten (Torfzehrung und -sackung, Meeresspiegelanstieg), durch die viele Moore der Norddeutschen Tiefebene nicht zu halten sein würden. Dort müsse jetzt gegengesteuert werden. Auch laufende Projekte gelte es zu berücksichtigen.

2.4.2 Ziele für landwirtschaftlich genutzte Flächen

Für landwirtschaftlich genutzte Flächen wurden diverse Ziele und Ideen formuliert, die eine Umsetzung ambitionierter Moorschutzziele unterstützen sollten.

- In wiedervernässten Mooregebieten sollte die Regionalentwicklung in besonderem Maße unterstützt werden, um den Wandel hin zu einer nassen (Kultur-)Landschaft positiv für alle Beteiligten zu gestalten. Eine Stärkung der Wertschöpfung durch regionale Verwertungsketten und Produkte sowie den Tourismus sollte den notwendigen Paradigmenwechsel befördern (s. Produkte und Vermarktungsketten). Für Privatbesitzer*innen sollten über agrarpolitische Instrumente attraktive ökonomische Anreize zur nassen, extensiven Nutzung von Niedermoores geschaffen werden. Außerdem sollte der Torfabbau in Deutschland sowie die Neuanlage oder Erneuerung von landwirtschaftlichen Entwässerungssystemen bis 2025 vollständig gestoppt werden.
- CO₂-Senken müssten auf die Fläche bezogen definiert werden und die diesbezügliche Steuerung der Umsetzung und Finanzierung von Maßnahmen über Förderinstrumente geschehen (s. (Kontraproduktive) Förder- und Ausgleichsprogramme). Es sei zudem davon auszugehen, dass im Rahmen größerer Renaturierungen eine Nutzungsaufgabe von Teilflächen notwendig sein wird, dies müsse in der Strategie ausreichend betont werden. Pufferzonen ohne die Einbringung von Pflanzenschutzmitteln und Dünger sollten auf Moorböden auch außerhalb von Schutzgebieten eingerichtet werden.
- Maßnahmen für nassere, nicht nasse Moorbewirtschaftung fehlten, hierzu zählen Unterflurbewässerungen und eventuell auch Deckkulturen. Die Unterschiede zwischen verschiedenen Mooren müssten genauso beachtet werden, wie die unterschiedlichen Bevölkerungsdichten in den jeweiligen Mooregebieten. Des Weiteren sollte die Methanfreisetzung bei der Wiedervernässung berücksichtigt werden.
- Weitere Ziele und Aspekte landwirtschaftlich genutzter Flächen, die in der Strategie Beachtung finden sollten, sind die Klimaeffekte der weitergeführten Weidenutzung auf Moorböden (inklusive der volkswirtschaftlichen Kosten). Zudem sollte eine vergleichende Betrachtung der Kosten-Nutzen-Bilanzierung mit anderen großen Emissionsquellen in der Landwirtschaft wie der Tierhaltung oder

Düngung, bei denen eine starke Treibhausgas-Reduktion aufgrund der sehr großen Zahl der betroffenen Betriebe vermutlich sehr viel schwieriger und teurer umzusetzen wäre, einfließen. Weiterhin solle die Option von Photovoltaik-Anlagen auf vernässten landwirtschaftlichen Flächen hinsichtlich ihrer Auswirkungen und Wirtschaftlichkeit geprüft werden (s. Photovoltaik).

- Weitere Beiträge bezogen sich auf die Rolle der Agrar-Umweltberatung, die gestärkt werden solle und auf die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit in Deutschland produzierten Lebensmitteln im Falle von Krisenzeiten. Laut einiger Teilnehmer*innen solle eine Folgenabschätzung auch Leakage-Effekte bei einer Verlagerung der Produktion ins Ausland mitberücksichtigen.

2.4.3 Naturschutzfachliche Ziele

Von einigen Teilnehmer*innen wurde gefordert, dass Naturschutzziele bei genutzten wie ungenutzten Mooren und ihrer Renaturierung betrachtet und umgesetzt werden sollten. Synergien (Stichwort: nasse Beweidung) könnten dabei genutzt werden, soweit sie mit den Naturschutzzielsetzungen übereinstimmen. Als konkrete, für den Moorschutz anzustrebende ambitioniertere Ziele wurde genannt, dass alle Hochmoore und Moorwälder bis 2030 wiedervernässt und dauerhaft ihrer natürlichen Entwicklung überlassen werden sollten und zudem auf mindestens einem Viertel der heute extensiv genutzten Niedermoore dauerhaft eine natürliche Entwicklung stattfinden sollte.

Die Erweiterung beziehungsweise Ausweitung von Moorschutzgebieten wurde durch mehrere Teilnehmer*inne kontrovers diskutiert. So wurde die Erweiterung von Moorschutzgebieten im Sinne „formaler Schutzgebiete“ zum einen als überkommenes Mittel des Naturschutzes gesehen und vor dem Hintergrund der verbindlichen Klimaziele und der Freiwilligkeit abgelehnt. Zum anderen wurde die Ansicht vertreten, dass die Ausweitung von Schutzgebieten für Klima und Biodiversität dringend notwendig sei. Insbesondere gelte dies für Flächen, die derzeit noch dem Torfabbau dienen und für die das Versprechen einer nachfolgenden Renaturierung gegeben wurde.

Eingefordert wurde ebenfalls die Formulierung von naturschutzfachlichen Zielen für aktuell entwässerte und landwirtschaftlich genutzte Moorböden mit nicht moortypischer Vegetation (z. B. Moorgrünland, Maisäcker, Flutrasen), entwässerten und aktuell genutzten Flächen sowie eine Abwägung zwischen Wildnis und Wiesenvogelschutz.

2.4.4 Ausstieg aus der Torfnutzung

In Bezug auf den Ausstieg aus der Torfnutzung wurde das Diskussionspapier von einigen Teilnehmer*innen als nicht ambitioniert genug empfunden. Dieser solle alsbald

vollzogen werden, auch um die Zerstörung von Mooren außerhalb Deutschlands nicht weiter zu unterstützen. Ein ähnlicher Kompromiss wie der zum Kohleausstieg wäre eine denkbare Vision. Dafür bedürfe es Geld zum Aufkaufen von Nutzungs- sowie Wasserrechten (s. Marktwirksamkeit und Konsument*innenverhalten).

Eine nationale Strategie zur Torfminderung berge die Gefahr der Verlagerung der Torfproduktion ins Ausland. Zuerst müsse innerdeutsch auf eine Emissionsreduktion geachtet werden. Der Ausstieg im europäischen Rahmen müsse mithilfe eines ökonomischen Konzeptes erfolgen, da die Bedeutung des Torfabbaus in anderen europäischen Ländern sehr hoch ist. Die Wiedervernässung könne, so ein Vorschlag, von der Torfindustrie gezahlt werden, sodass diese am Ende für den Klimaschutz mit aufkäme (s. NABU-IVG-Konzept).

2.4.5 Wildnisentwicklung und Prozessschutz

Es wurde angemerkt, dass die Themen Wildnisentwicklung und Prozessschutz im Kontext Moorschutz im Diskussionspapier fehlten. Der Beitrag bestehender Schutzgebiete wie Nationalparks oder Wildnisgebiete zum Moorschutz solle, neben den FFH Gebieten, stärker gewürdigt werden.

Im Diskussionspapier sollten Potenziale für Wildnisentwicklung auf Moorflächen aufgezeigt werden, denn bei einer ausreichenden Mindestgröße könnten Moore sowohl zur Erreichung der Klimaschutzziele als auch des zwei Prozent Wildnis-Ziels beitragen. Weitere Teilnehmer*innen argumentierten, dass Wildnis- und Prozessschutz in sehr vielen Fällen eine Moorentwicklung verhindern würde. Eine natürliche Entwicklung der Flächen zuzulassen, bedeute auf Flächen mit gestörtem Wasserhaushalt (also fast allen Flächen) eine Waldentwicklung. Die meisten moortypischen Arten und Lebensraumtypen bräuchten aber offene Flächen. Wildnisflächen seien also nicht überall zielführend

Einige Teilnehmer*innen sprachen sich für die Offenhaltung der Flächen zugunsten des Artenschutzes aus. Dieser Aspekt käme im Diskussionspapier bisher zu kurz und werde für den Erhalt der Arten als sehr wichtig empfunden. Dennoch sei die großflächige Entkusselung oft schwer machbar. Da Schafe dafür eine Alternative darstellen könnten, wurde über finanzielle Anreize für die Schafbeweidung im Moor diskutiert. Auch darüber, ob ähnliche Prämien wie für die landwirtschaftlichen Nutzflächen denkbar wären.

Der Forderung, die Offenhaltung von Moorflächen in das Diskussionspapier mit aufzunehmen, wurde mit dem Hinweis entgegnet, dass etliche Arten im Moorwäldern vorkämen und diese liebten, darunter auch Arten für die eine weltweite Schutzverantwortung vorläge. Der Moorartenkorb Bayern, der beispielhaft genannt wurde, würde das Wissen darüber vermitteln, welche Arten an Moorstandorte gebunden

seien. Biodiversität und Moorstandorte seien kein Widerspruch. Dieser Eindruck würde nur entstehen, wenn man eine sehr kleine Gruppe von Arten betrachte, die oft auf Offenstandorten vorkomme. Besonders viele der spezialisierten Moorwaldbewohner entstammen wenig berücksichtigten Artengruppen (Arten wie Hornmilben oder Kleinschmetterlingen), die jedoch ebenso einer Schutzverantwortung unterliegen.

2.5 Ziel- und Nutzungskonflikte

Wiedervernässungsprojekte in großen Mooregebieten scheiterten laut einigen Teilnehmer*innen häufig daran, dass nicht alle Grundbesitzer*innen in die gleiche Richtung zögen. Selbst wenn sie mitmachten, würde es problematisch, wenn die Vorstellungen zur Anschlussnutzung unterschiedlich ausfielen.

Auch vor diesem Hintergrund fasst das folgende Kapitel Aussagen der Teilnehmer*innen zusammen, die sich auf potenzielle Ziel- und Nutzungskonflikte bezogen. Neben rechtlichen Zielkonflikten wurden Nutzungskonflikte zwischen Wasser-, Wald- und Forstwirtschaft, zwischen Wald und Moorschutz, im Bereich der Landwirtschaft sowie in der Forschung identifiziert.

2.5.1 Wald und Moorschutz

Die Auswirkungen von Wald auf den Moorzustand sowie die Treibhausgas-Bilanz sollten differenziert diskutiert werden. Wald sei, nach Ansicht einiger Teilnehmer*innen, kein Hindernis für eine Wiedervernässung.

Ein Forst auf einem Moorstandort sei oftmals ein Produkt von Entwässerung oder Enttorfung. Inklusiv der Holznutzung seien die daraus resultierenden Treibhausgasemissionen nicht höher als die eines normal nassen Grünlands. Dies könne nicht als gut, sondern lediglich als etwas besser als die Bilanz von Äckern und entwässerten Böden gewertet werden. Viele Waldbestände könnten wiedervernässt werden, ohne kahlgeschlagen werden zu müssen. Einige Teilnehmer*innen geben jedoch zu bedenken, dass nicht alle Baumbestände eine Wiedervernässung verträgen (z. B. Eschenwaldbestände) und beispielsweise vorher entnommen werden müssten. Ein Waldumbau zu Arten, die einen hohen Wasserstand vertragen (z. B. Erlen) sei denkbar, wenn im gleichen Zuge auch die Frage nach Wertverlust und Umbaukosten (wie Pflanzungen und Kultursicherung) geklärt werde. Die erhöhte Evapotranspiration und der dadurch hohe Wasserverlust durch die Baumbestände könne die Umsetzung in Gebieten knapper Wasserverfügbarkeit und in Trockenperioden zusätzlich erschweren und sich negativ auf den Wiedervernässungserfolg auswirken.

Ein anderer Beitrag gab zu bedenken, dass es gewinnbringender wäre, Waldbesitzer*innen naheulegen, eine naturnahe Waldpflege zu fördern, anstatt Waldmoore

leistungsoptimiert zu bewirtschaften. Ein weiterer Beitrag wirft die Frage auf, ob es bei Renaturierungsprojekten im Offenland für Grundbesitzer*innen interessant wäre, mit Gehölzen zu arbeiten und ob dies die Bereitschaft zur Mitwirkung steigern könne. Es wurde in diesem Zusammenhang kritisiert, das Diskussionspapier würde ein solches Vorgehen verhindern.

Wald auf Moorböden könne zwar im Widerspruch zu Naturschutzziele stehen, dies sei aber nicht per se so. Nährstoffarme Moore seien, im Gegensatz zu natürlicherweise vorkommenden Moorwäldern, (fast) baum frei, jedenfalls ohne Wald. Allerdings seien nicht alle als Moorwälder kartierten Flächen natürlicherweise Moorwälder. Viele Wälder oder Baumbestände auf Mooren seien auch erst sekundär aufgrund von Entwässerung und/oder Nährstoffeintrag entstanden. Es stelle sich die Frage, was für diese Standorte jeweils das Ziel sein solle: die Erhaltung von Wald oder die ursprünglich standorttypischen offene Moorlebensräume. Generell wurde seitens einiger Teilnehmer*innen eine genauere Abgrenzungsdefinition für Moorwälder (LRT 91D0) und Übergangs- sowie Schwingrasenmoore (LRT 7140) gefordert.

2.5.2 Rechtliche Zielkonflikte

In Bezug auf rechtliche Zielkonflikte wurde zu mehreren Konfliktfeldern diskutiert:

- Eine Klärung sei erforderlich, ob die Wasserrahmenrichtlinie Moorschutzprojekte verhindern könne. Es wurde seitens einiger Teilnehmer*innen darauf hingewiesen, dass auch Zielkonflikte mit der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie Wiedervernässungsprojekte verhindern oder beeinträchtigen können.
- Nach den jeweiligen Waldgesetzen der Bundesländer seien in der Regel bei einem Waldbestockungsverlust bei der Vernässung von Mooren, im Sinne eines Waldausgleichs, Ersatzaufforstungen an anderer Stelle vorgeschrieben. Dafür fehlten oft Flächen, so dass Ersatzaufforstungen in der Praxis eine echte Hürde seien, für die es konkreter Regelungen auf Bundesebene beziehungsweise einer Klärung seitens der Bundesregierung mit den zuständigen Landesministerien bedürfe.
- Von einigen Teilnehmer*innen wurde gefordert, dass Raumordnungsprozesse in das Diskussionspapier zu integrieren seien. So solle die forstliche Rahmenplanung, die aus dem Bundeswaldgesetz gestrichen worden sei (§§ 6 und 7), da seitens des Forstes die Festlegung von Vorranggebieten und Vorbehaltsgebieten auf einer höheren Ebene („Fremdsteuerung“) nicht gewünscht war, wieder in dieses aufgenommen werden.

- Ferner müsse ein juristisches Mittel verfügbar sein, um im Extremfall eine Wiedervernässung auch gegen den Willen einzelner Grundstücksbesitzer durchsetzen zu können, wenn die Mehrheitsmeinung eindeutig ist.
- Seitens einiger Teilnehmer*innen wurde die Förderung der moortypischen und torfbildenden Pflanzenarten gewünscht. Das gezielte Einbringen von relevanten Arten (z. B. die auf Hochmooren bestandsbildenden und die Biotopeigenschaften prägenden Torfmoose) solle ermöglicht werden. Für einen größeren Einsatz im Rahmen einer Renaturierung würden jedoch großflächige Spenderflächen benötigt, denn die Entnahme aus Schutzgebieten sei in den benötigten Mengen (für z. B. alte Torfabbauegebiete) schwierig, auch weil es sich oftmals um geschützte Arten handelt, die nicht einfach aus der Natur entnommen werden können. Es wird beispielhaft auf gute Ergebnisse durch das Ausbringen moortypischer Arten in Binsenflächen nach Vernässung in Schleswig-Holstein hingewiesen und auch der Landkreis Cuxhaven erziele gute Ergebnisse auf seinen Pilotflächen.
- Bei der Umsetzung von rechtlichen Vorgaben zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen gebe es aus Sicht einiger Teilnehmer*innen Probleme: Häufig würde die Durchführung vollständiger Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP, FFH) im Vorfeld von Maßnahmen zur Wiedervernässung angefordert und verzögere Projekte somit zeitlich wie finanziell. Bei einer klaren, der Wiedervernässung nicht entgegenstehenden Zielformulierung zur Erhaltung/Wiederherstellung von FFH-Lebensräumen, sollte eine vollständige UVP und FFH-Verträglichkeitsprüfung entfallen.

2.5.3 Treibhausgasemissionen und Landwirtschaft

Die Treibhausgasemissionen aus entwässerten Mooren erforderten aus Sicht mehrerer Teilnehmer*innen dringenden Handlungsbedarf. Jedoch stelle die Wiedervernässung landwirtschaftlicher Flächen für Landwirt*innen ein Problem dar, da diese die traditionelle Bewirtschaftung bedrohe.

Es wurde darauf hingewiesen, dass Landwirt*innen auch stark vom Klimawandel betroffen seien, was eine Kooperationsbereitschaft begünstige, wenn die Rahmenbedingungen stimmten. An den Rahmenbedingungen gelte es zu arbeiten. In diesem Zusammenhang wurden auch die Bedeutung der Freiwilligkeit und der Notwendigkeit der Finanzierung von Maßnahmen betont.

Die im Diskussionspapier für die Moorschutzstrategie der Bundesregierung enthaltenen Ziele zur Anpassung der GAP und des Ordnungsrechts wurden durch einzelne Teilnehmer*innen kritisiert. So würden Auflagen über die GLÖZ-Standards (Standards für einen guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand) und die zukünftigen „Konditionalitäten“ die jetzige Art der Bewirtschaftung erschweren oder unmöglich

machen. Dies würde nicht zur Freiwilligkeit passen, die im Diskussionspapier als Prinzip betont werde. Dies schaffe unter Landwirt*innen kein Vertrauen, sondern die Sorge, dass man aus den Mooregebieten herausgetrieben werde. Landwirt*innen bräuchten verlässliche Perspektiven, die über eine Wiedervernässung mit Paludikulturen hinausginge und auch wassertechnische Lösungen für die Fortführung der Milchviehhaltung und die intensive Grünlandnutzung enthielten, im Diskussionspapier aber nicht genannt würden (s. Zukünftige und dauerhafte wirtschaftliche Perspektive nach Wiedervernässung).

Dem wurde entgegengestellt, dass zur Erfüllung der internationalen Klimaschutzverpflichtungen sowohl Freiwilligkeit im Sinne einer freiwilligen Kooperation auf regionaler Ebene unterstützt durch eine gute Regionalplanung und Förderprogramme als auch ein klarer ordnungsrechtlicher Rahmen gebraucht würden. Es würden auch zur Orientierung der Landwirtschaft klare Ziele im Moorschutz benötigt, die im Diskussionspapier bisher nicht enthalten seien, so die Aussage einiger Teilnehmer*innen. Dazu, wie man diese Ziele auf landwirtschaftlichen Flächen erreiche (über Paludikulturen oder auf andere Weise), sollten Freiheiten bestehen, aber auch die Landwirte sollten Einsparungspotenziale vorschlagen.

Des Weiteren wurde im Zusammenhang mit Ziel- und Nutzungskonflikten darauf hingewiesen, dass zunächst Wissensdefizite zu Treibhausgas-Bilanzen und Systemgrenzen unter Berücksichtigung energetischer und stofflicher Substitutionseffekte geschlossen werden müssten, bevor die Transformation vom Ist- zum Zielzustand gemacht werde.

2.6 Finanzielle Steuerungsmöglichkeiten

Intensiv wurden auch die finanziellen Steuerungsmöglichkeiten diskutiert. Das Kapitel unterteilt die verschiedenen Aspekte thematisch in Förderprogramme, den Abbau schädlicher Subventionen sowie die Honorierung von Ökosystemleistungen.

Einige Teilnehmer*innen weisen darauf hin, dass die Finanzierung der Ziele langfristig gesichert werden müsse. Personelle und finanzielle Umsetzung dürfe dafür nicht nur in Förderperioden gedacht werden. Der Finanzbedarf sowie attraktive Finanzierungswege müssten schnellstmöglich konkretisiert werden, denn eine gute finanzielle Ausstattung sei für die Umsetzung der Moorschutzstrategie der Bundesregierung entscheidend.

2.6.1 Förderprogramme

Eine hundertprozentige Förderung sowie die langfristige Erfolgskontrolle sollten aus Sicht einiger Teilnehmer*innen ermöglicht werden. Förderprogramme sollten nicht zu eng gestrikt sein, um Projekte offen und mit Raum für neue Ideen gestalten zu

können. Zudem sollten Programme staatlich organisiert, langfristig geplant und gut mit Finanz- und Personalressourcen ausgestattet sein. Es wird darauf hingewiesen, dass in Baden-Württemberg bisher auch bereits Förderprogramme wie Life, Interreg oder ein Naturschutzgroßprojekt für die Umsetzung von Wiedervernässungsmaßnahmen genutzt wurden und somit dafür geeignet seien.

Förderungen sollten nach Förderziel und Gegenstand unterschieden werden und dürften nicht allesamt aus demselben Topf kommen, denn es würden unterschiedliche Leistungen durch sie erbracht, die sich klar abgrenzen sollten. Die Förderung von Wiedervernässung sollte dementsprechend nicht aus demselben Fördertopf kommen, wie die CO₂-Reduktion.

Aus den Beiträgen der Teilnehmer*innen gehen folgende Aussagen hervor:

- Die Förderkulisse spiele auch für Privatwaldbesitzer*innen eine entscheidende Rolle und die aktuelle Krisensituation habe Waldbesitzer*innen an ihre betrieblichen Grenzen gebracht. Die Förderung durch Bund und Länder sei richtig und wichtig, sie unterstütze Waldbesitzer*innen jedoch lediglich bei der Aufarbeitung der Schäden und der Wiederaufforstung. (Gesellschaftliche) Leistungen, die Waldbesitzer*innen aufgrund ihres Eigentums (z. B. Wald als Erholungsraum) erbringen, müssten entsprechend honoriert werden, so auch eine Wiedervernässung von Moorswäldern, insbesondere wenn die Bewirtschaftung dadurch eingeschränkt sei und so mögliche Substitutionseffekte nicht zum Tragen kommen können (s. Honorierung der Ökosystemleistungen).
- Oft scheitere EU- oder Bundesförderung daran, dass Waldbesitzer*innen nicht zu 100 Prozent gefördert würden und das eigene Kapital nicht für die Erbringung der geforderten Eigenleistung ausreiche. Es müsse daher eine pragmatische Fördermöglichkeit gefunden und ein Ausgleich für die Veränderungen durch Wiedervernässungen (beispielsweise Baumsterben) gewährt werden, um eine nennenswerte Motivation zu erzeugen.
- Bei einer Nutzung von Synergien zwischen dem Moorschutz und der Entwicklung von Wildnisgebieten könne der Wildnisfonds zur Finanzierung des Flächenankaufs genutzt werden. Der Wildnisfonds sei dafür mit 20 Millionen Euro pro Jahr allerdings zu spärlich ausgestattet. Zudem greife er nur für Flächen, die 500 Hektar überstiegen oder zur Arrondierung und Erweiterung von Wildnisflächen dienten. Gerade für die Wildnisentwicklung müssten zusätzlich zum Wildnisfonds weitere Finanzierungsinstrumente entwickelt werden, die auch für Flächen < 500 Hektar gelten.

2.6.2 Abbau schädlicher Subventionen

Es wurde seitens einiger Teilnehmer*innen dafür appelliert, nicht nur zu fördern, sondern ebenfalls alle bestehenden klimaschädigenden Subventionen (wie den lukrativen Maisanbau oder subventionierten „Moor-Käse“ mit hohem Treibhausgas-Abdruck) konsequent abzubauen. Konsequenz sei es demnach, alle Subventionen für klimaschädigende Landbewirtschaftung zu streichen und die Landwirtschaft in den Zertifikate-Handel einzubeziehen.

Die Gemeinsame Agrarpolitik wurde als wichtigstes finanzielles Instrument genannt. Zur Weichenstellung für die folgenden Jahre solle die GAP-Reform genutzt werden, moorschädliche Förderung solle abgeschafft werden und torferhaltende sowie biodiversitätssichernde Förderung solle gestärkt werden. Kritik wurde an der derzeitigen Verteilung der Gelder nach dem Gießkannenprinzip geübt. So wurde seitens einiger Teilnehmer*innen gefordert, die Gelder zukünftig an Leistungen zu koppeln.

Weiterhin wurde die Internalisierung externer Kosten als ein wichtiger Punkt herausgestellt. Dabei wurde auf die Subventionierung der Entwässerung und Nutzung von Moorböden hingewiesen, die jedoch volkswirtschaftliche Kosten erzeugten. Um eine Win-Win-Situation herzustellen, könnten laut einigen Teilnehmer*innen eingesparte Gelder dafür genutzt werden, die Landwirtschaft zu entschädigen. Ebenfalls wurde angeführt, dass der Treibhausgashandel noch nicht richtig in der Landwirtschaft eingeführt sei. Die Landwirtschaft müsse sich jedoch umstellen, um Flächen für den Klimaschutz bereitzustellen.

2.6.3 Honorierung der Ökosystemleistungen

Unter dem Aspekt Honorierung von Ökosystemleistungen wurden die Honorierung von Gemeinwohlleistungen, öffentliche Lasten, die Bodenbewertung, das Konzept der Moor-Klimawirte sowie die Thematik der Klimazertifikate diskutiert. Als weiteres geeignetes Konzept in diesem Kontext wurden die bereits zuvor beschriebenen Klimapunkte (s. Wertverlust) genannt. Klimaprämien müssten grundsätzlich die Lösung sein.

2.6.3.1 Honorierung von Gemeinwohlleistungen

Produzierte Gemeinwohlleistungen und gesellschaftliche Leistungen (wie moorschonende Bewirtschaftung) sollten nach Aussagen einiger Teilnehmer*innen honoriert werden. Große Klimaschutzwirkung auf kleiner Fläche sei möglich und solle genutzt werden.

Es wurde die Frage aufgeworfen, was der Gesellschaft diese Transformation wert sei und wieviel somit in den Bereich investiert werden könne. Früher seien Moorflächen bereitgestellt worden, um Nahrungsmittel zu produzieren. Wenn diese Flächen jetzt

der Gesellschaft im Sinne des Klimaschutzes dienen sollen, sei es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Moorflächen in den entsprechenden Zustand zu versetzen. Maßnahmen und Lösungsansätze müssten dafür nach Auffassung einiger Teilnehmer*innen finanziert werden.

2.6.3.2 Öffentliche Lasten

Öffentliche Lasten sollten laut einiger Teilnehmer*innen nicht unberücksichtigt bleiben. Es wurde dafür plädiert, landesrechtlich festzulegen, dass die verbindliche Ausweisung von nutzungsfreien Wäldern auf Moorstandorten für alle Grundeigentümer*innen eine direkte Befreiung von Abgaben an die Wasser-, Boden- und/oder Deichverbände zur Folge hat. Ebenfalls solle bei der Wiedervernässung eine Befreiung von den Pflichtabgaben an Wasser- und Bodenverbände erfolgen.

2.6.3.3 Bodenbewertung

Einige Teilnehmer*innen sprachen während der Veranstaltung auch die Bodenbewertung an. Ihrer Meinung nach dürften Moorböden durch Vernässung nicht an (finanziellem) Wert verlieren (s. Wertverlust). Ferner gelte das Postulat aus der Forstwirtschaft, die Nutzung am Standort auszurichten und nicht den Standort entsprechend der für die Nutzung zur Verfügung stehenden Technik umzumodellieren. Dieser Aspekt gewinne mit abnehmendem Wasserdargebot und der daher zunehmenden Erfordernis, Wasser in der Landschaft zu halten, an Bedeutung. Einen Wertverlust durch die Wiedervernässung würden Bund und Länder (in Anbetracht der herkömmlichen Bodenbewertung) finanziell nicht zahlen können. Die Art der Bewertung müsse geändert werden und langfristig Bestand haben. Auch aus der naturschutzfachlichen Perspektive müssten langfristige Folgen im Rahmen einer Bodenbewertung mitbedacht werden.

Ferner wurde angemerkt, dass der volkswirtschaftliche Nutzen der Moore angesichts der langfristigen Bodenbewertung, stärker anerkannt werden sollte. Einen Teilaspekt stelle die steuerliche Anerkennung dar. Es wurde teilweise als kritisch erachtet, dass die Bewertung von (Moor-)Böden bisher nur aus rein landwirtschaftlicher Perspektive angegangen werde.

2.6.3.4 Konzept „Moor-Klimawirt*in“

Landwirt*innen, die auf nassen Moorböden klimafreundlich wirtschaften, sollten sich, so der Vorschlag einiger Teilnehmer*innen, zukünftig „Moor-Klimawirt*in“ nennen dürfen. Zu den Bewirtschaftungsmethoden gehörten auch Arbeitsweisen, die bei den im Moor typischen hohen Wasserständen möglich seien und somit die Ausgasung von Kohlendioxid verhinderten. Die Landwirt*innen bräuchten eine angemessene

sene Finanzierung, die die Treibhausgasreduzierung honoriere, um langfristig wirtschaften zu können.

Klimaschutzflächenbewirtschafter*innen solle auch als Ausbildungsberuf in Erscheinung treten. Das Selbstverständnis könne sich von der Landwirt*in zur Klimawirt*in ändern, wenn eine neue Perspektive ermöglicht werde.

Nach Meinung einiger Teilnehmer*innen solle zusätzlich ein Programm für Klimaschutz in der Landwirtschaft aufgelegt werden, analog dem Programm des Kohleausstiegs.

2.6.3.5 Klimazertifikate

Einige Teilnehmer*innen schlugen vor, freiwillige Klimazertifikate, wie die MoorFutures in der Moorschutzstrategie der Bundesregierung zu berücksichtigen. Freiwillige Klimazertifikate würden bereits in einigen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg thematisiert werden und viel positive Öffentlichkeitsarbeit erfahren. Ob die Wiedervernässung von Mooren im CO₂-Handel berücksichtigt werden kann, sei noch zu klären.

2.7 Zukünftige und dauerhafte wirtschaftliche Perspektive nach Wiedervernässung

Das folgende Kapitel fasst die Beiträge zusammen, die unter dem Aspekt der zukünftigen, dauerhaften und wirtschaftlichen Perspektive nach einer möglichen Wiedervernässung eingebracht wurden. Laut den Beiträgen einiger Teilnehmer*innen ließe die zukünftige Moorschutzstrategie der Bundesregierung sich nur im Schulterschluss mit der Landwirtschaft erfolgreich entwickeln. Bereits kultivierte Flächen sollten nach Möglichkeit außen vor bleiben. Wenn Maßnahmen umgesetzt werden, müssten diese gegenfinanziert werden. Die Teilnehmer*innenbeiträge dazu bezogen sich auf die Perspektiven für die Milchviehhaltung, auf Rahmenbedingungen und Standorte, auf Paludikulturen sowie Produkte und Vermarktungsketten, auf Erneuerbare Energien, aber auch auf die Wiedervernässung in Zusammenhang mit der Aufforstung von Flächen.

Nach Ansicht einiger Teilnehmer*innen sollte es möglich sein, mit Klimaschutz durch den Schutz der Moore Geld zu verdienen. Nötig dafür sei aber auch die Bereitschaft, sich mit aktuellen Betriebsstrukturen zu beschäftigen. Rahmenbedingungen könnten sich ändern, jedoch müssten Maßnahmen so gestaltet werden, dass eine Anpassung möglich sei und den Menschen und deren Betrieben eine dauerhafte wirtschaftliche Perspektive gegeben werde, mit klimaschonender Nutzung bzw. Produktion Geld zu verdienen. Kurzfristige Förderung reiche nicht aus (s. Förderprogramme).

Im Rahmen der zukünftigen Perspektiven konnten unterschiedliche Aussagen seitens einzelner Teilnehmer*innen festgehalten werden:

- Unter diesem Aspekt wurde eine Größenordnung von etwa drei Förderperioden vorgeschlagen, damit sich Landwirte auf die neue Nutzung einstimmen könnten. Gelder für etwaige Ausgleichszahlungen für die eintretenden Einkommenseinbußen könnten aus der GAP stammen. Es wird von einigen Teilnehmer*innen eine vollumfängliche ökonomische Folgenabschätzung einer Wiedervernässung auf regionaler Betrachtungsebene vermisst, die neben dem Aspekt der Flächenprämien zur Kompensation von Einkommensverlusten auch die Entschädigung von Verkehrswertverlusten, die Kosten für eine Produktionsumstellung oder -aufgabe und ggf. sogar die Aufgabe von Siedlungen mit einbezöge. Wenn ökologische Folgekosten quantifiziert würden, solle man das auch mit ökonomischen Kosten tun. Wenn diese Flächen zukünftig nicht mehr der Nahrungsmittelproduktion, sondern der Gesellschaft im Sinne des Klimaschutzes dienen sollten, sei es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Moorflächen in den entsprechenden Zustand zu versetzen und entsprechend Geld bereitzustellen. Dem wurde gegenübergestellt, dass fraglich sei, ob die Gesellschaft bereit sei, für die Vermeidung von Emissionen auf alle Zeiten zu zahlen, während im Energiebereich Verbraucher zur Kasse gebeten würden. Eine Strategie solle auf einem langfristigen Gesellschaftsvertrag aufbauen.
- Es wurde angemerkt, dass eine Kombination verschiedener Einkommen zukünftig Alternativen bilden könnte (Biomasse, Paludikulturen, Treibhausgas-Einsparungen). Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass sich nicht jede Fläche für jede Nachnutzung gleichermaßen eigne.
- Eine Offenheit für innovative und wertschöpfende Moornutzungen (stoffliche Produkte, Dienstleistungen, immaterielle Wertschöpfungen) und die Offenheit, Gehölze als Teil einer Lösung zu sehen, wurde von einigen Teilnehmer*innen gefordert.
- Neben dem Vorschlag einer volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Betrachtung für Modellbetriebe, sollte bei allen zukünftigen Nutzungen auch immer bedacht werden, welche Auswirkungen sie bzw. der veränderte Wasserstand auf angrenzende Flächen habe. Es wurde die Idee eingebracht, „Moor-schutzstationen“ für Mooregebiete bzw. Moorregionen zu etablieren, die den ökonomischen und ökologischen Interessenausgleich aller Betroffenen im Blick haben.

2.7.1 Milchviehhaltung

Mehrfach wurde während der Diskussion die Frage geäußert, ob eine intensive Milchviehwirtschaft auf Moorstandorten zukünftig möglich und gewollt sein würde. Die Milchbauer*innen seien durch Inhalte aus dem Diskussionspapier (keine Unterstützung von Stallbauten in Mooregebieten, Verbot von Grünlandumbruch) verunsichert. Bereits durch solche Vermutungen verlören die Flächen an Wert, die Banken reagierten darauf und dies beeinflusse, ob eine betriebliche Weiterentwicklung möglich sei. Es brauche klare Aussagen, ob auch zukünftig intensive Grünlandbewirtschaftung zur Produktion von hochwertigem Viehfutter auf Moorböden möglich sei.

Laut einiger Teilnehmer*innen gebe es zur Milchviehhaltung keine wirtschaftlich vergleichbare Alternative. Es gebe zwar Landwirt*innen, die über Förderprogramme auf extensive Rinderhaltung umstellten, die Erträge aus der Milchproduktion fielen dabei jedoch weg. Jegliche Veränderung der Bewirtschaftung führe zu Verlusten im Vergleich zur Milchviehhaltung. Und auch wenn die Flächen brachfielen, würden Kosten verursacht. Es wurde daraufhin von anderer Seite darauf hingewiesen, dass auch die Milchviehhaltung für die Betriebe allein durch GAP-Zahlungen wirtschaftlich sei.

Sollte die Milchviehhaltung durch die strengen Klimaschutzambitionen nicht mehr möglich sein, brauche es, so gaben einige Teilnehmer*innen zu bedenken, schnellstens alternative Nutzungsformen und Wertschöpfung sowie Perspektiven für den Verdienst mit klimaschonender Nutzung/Produktion. Es wäre dann zudem zu diskutieren, was mit den Hofstellen geschehe, wenn Landwirte Wiedervernässung statt Milchwirtschaft betrieben.

2.7.2 Paludikulturen

Laut einiger Teilnehmer*innen kämen Paludikulturen nur dann als zukünftige Perspektive in Frage, wenn sie eine vergleichbare Wertschöpfung zu bisherigen Bewirtschaftungsformen ermöglichten, d.h. eine dauerhafte, gesicherte Verwertung sowie eine Mindestvergütung für Aufwüchse von Paludikulturen. Die ungesicherte Nachfrage mache Paludikulturen, nach Ansicht einiger Teilnehmer*innen, zu keinem sicheren Geschäftsmodell. Es wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass darüber nachgedacht werden müsse, ob Paludikulturen langfristig subventioniert werden sollten oder die Produktion nach Wiedervernässung der Flächen doch teilweise ganz eingestellt werden solle. Daraufhin wurde die Meinung geäußert, dass Paludikulturen über die erste Säule der GAP gefördert werden sollten.

Teilnehmer*innen merkten zudem an, dass die Etablierung von Paludikulturen auf Waldflächen eine Nutzungsänderung (Waldumwandlung) im Sinne des Forstrechts darstelle, die mit Ersatzaufforstungsverpflichtungen einhergehe. Insofern stellten Paludikulturen auf Waldflächen keine ernstzunehmende Alternative dar. Hierzu wur-

de auch die Gegenposition vertreten, dass Paludikulturen verbunden mit der Produktion von Nutzholz im Wald eine wichtige Rolle spielen könnten.

2.7.3 Produkte und Vermarktungsketten

Es wurde betont, dass Innerhalb einer Produktentwicklung im Rahmen einer zukünftigen und wirtschaftlichen Perspektive nach der Wiedervernässung von Mooren abgeschätzt werden müsse, ob das Produkt von der Gesellschaft benötigt werde. Die Wirtschaftlichkeit und Verwertung neuer Kulturpflanzen sei langfristig zu betrachten. Es gelte, Einkommensverluste zu vermeiden oder generationsübergreifend und somit langfristig auszugleichen.

Für Paludikulturen müssten Märkte geschaffen werden, so dass eine ökonomische Tragfähigkeit erreicht würde und Landwirte nicht dauerhaft von Subventionen abhängen. Wenn wiedervernässte Moorflächen in der Lage seien, Produkte mit negativen Emissionen zu liefern, müsse diese Chance besser genutzt werden. Exemplarisch wurden Erlenholz-Produkte aus einer Aufforstung genannt, für diese seien Substitutionseffekte und Systemgrenzen ebenfalls zu berücksichtigen. Auch für weitere Produkte müssten Wertschöpfungsketten aufgebaut werden. Die erzielbare Wertschöpfung müsse den Betrieben weiterhin ein Einkommen ermöglichen.

2.7.4 Photovoltaik

Es herrschten geteilte Meinungen zu Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf wiedervernässten Moorstandorten. Es wurde zunächst gefordert, die Option von Photovoltaikanlagen auf Moorflächen zu prüfen. Daraufhin wurde betont, dass Photovoltaikanlagen allenfalls auf vollständig vernässten vorher landwirtschaftlich genutzten Moorböden denkbar seien. Wenn Synergien genutzt werden könnten, könnten erneuerbare Energie, laut einiger Teilnehmer*innen, sicherlich vielversprechend sein. Hierzu bedürfe es jedoch weiterer Forschung.

Einzelne Teilnehmer*innen sprachen sich aber auch gegen Solaranlagen auf Freiflächen und gänzlich gegen Solarparks auf Moorflächen aus, da diese prioritär für die Bindung und Deposition von CO₂ vorgesehen seien. Photovoltaik-Paneele verhinderten dies, auch weil Moorpflanzen vorrangig Lichtpflanzen seien. Für Photovoltaik sollten vorrangig versiegelte Flächen genutzt werden.

Ein spezieller Ansatz, nämlich die Nutzung von Solaranlagen zur Moorvernässung (Erzeugung von Strom zur Wasserversorgung, Generierung von Finanzmitteln für die Wiedervernässung/den Moorschutz) wurde teilweise für überlegenswert eingestuft.

2.7.5 Wiedervernässung und Aufforstung

Grundlegende Argumente in der Diskussion waren, dass die Wiedervernässung von Waldmooren häufig nicht vollständig gelingen würde, so dass davon abgesehen werden sollte, die Moore aus der Nutzung zu nehmen. Dem entgegenstehend wurde aber auch die Meinung vertreten, dass der Fokus auf natürliche Entwicklungsmöglichkeiten gelegt werden sollte. Zudem hieß es, dass Waldmoore im Falle einer erfolgreichen Wiedervernässung in der Regel technisch nicht mehr nutzbar seien und dies dann zumindest betriebswirtschaftlich nicht mehr sinnvoll sei.

Eine Wiedervernässung könne mit einer Entwaldung einhergehen. Es sei im Diskussionspapier nicht eindeutig, ob in diesen Fällen eine Aufforstung anzustreben sei. Von einigen Teilnehmer*innen wurde eine Wiederbewaldung gutgeheißen, bei der natürliche Waldgesellschaften hergestellt werden sollten. Im Zusammenhang mit der Wiedervernässung käme dafür am ehesten die Roterle infrage. Eine Wiederaufforstung von ehemaligen Nadelforsten oder Eschenwäldern mit Erlen sei jedoch standortabhängig und Waldgesellschaft-abhängig zu prüfen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage nach Ausgleich für Wertverlust und Umbaukosten gestellt. Es wurde ferner angeregt, dass im Diskussionspapier darauf hingewirkt werden sollte, dass Waldbesitzer*innen nach der Wiedervernässung den Fokus auf naturnahe Waldpflege statt auf eine leistungsoptimierte Bewirtschaftung legen, in dem man diese fördert.

Bei Renaturierungsprojekten im Offenland könne es für manche Grundbesitzer*innen interessant sein, mit Gehölzen zu arbeiten. Dies könne die Bereitschaft zur Mitwirkung steigern und solle in die Strategie aufgenommen werden.

2.8 Forschung, Monitoring und Bildung

So wie die Kapitel des Diskussionspapiers sich vernetzen und aufeinander Bezug nehmen sollen, so sollten laut den Teilnehmer*innen auch Bildung und Forschung ineinandergreifen und Antworten in allen Bereichen geben. Monitoring und Forschung sollten fehlende Informationen identifizieren.

Dieses Kapitel bündelt die Beiträge zu Forschung und Monitoring, insbesondere zur Vereinheitlichung von Standards, der Mittelbereitstellung sowie gewünschten und bestehenden Forschungsthemen. Weiterhin wurden auch die Organisation, Integration und Umsetzung von Monitoring und Forschung durch die Teilnehmer*innen diskutiert. Auch das Thema Daten und Datenverfügbarkeit wurde an mehreren Stellen in die Veranstaltung eingebracht.

Laut einigen Teilnehmer*innen sei das Ziel der Bildung im Moorschutz, Menschen für Moore und ihren Schutz zu sensibilisieren, ihnen eigene Sinneseindrücke zu ermögli-

chen, Wissen zu vermitteln und Nutzer*innen sowie Konsument*innen Handlungsmöglichkeiten für den Alltag nahezulegen. Die eingebrachten Aspekte wurden den Bereichen schulischer sowie außerschulischer Bildung, Wissensvermittlung durch Hochschulen und der Bildung von und für Praktiker und der Privatwirtschaft zugeordnet.

Es zeichnete sich ab, dass bereits viele positive Aspekte aus dem Bereich der Forschung im Diskussionspapier enthalten seien.

2.8.1 Forschung und Monitoring

2.8.1.1 Einheitliche Standards für Monitoring, Datenerfassung und Ablage

Die Teilnehmer*innen forderten einheitliche Standards für Monitoring, Datenerfassung und Ablage. Besonders öffentlich ausgeschriebene oder finanzierte Aktivitäten in Mooren sollten unter diesem Aspekt ein Mindestmaß an Standards erfüllen. Weiterhin wurde kritisch angemerkt, dass das Diskussionspapier noch keine kontrollfähigen Parameter für ein Monitoring des Umsetzungsstandes der zu entwickelnden Moorschutzstrategie vorsehe.

Bereits vorhandene Standards für Aktivitäten in Mooren, konkret für Monitoring, Datenerfassung und Datenablage, sollten gebündelt und unter „Beispielwirkung des Bundes“ transportiert werden. Eine Nationale Anlaufstelle sollte langfristig beim Nationalen Monitoringzentrum für Biodiversität in Leipzig eingerichtet werden und sich insbesondere der Koordination von Akteuren, Verfügbarmachung von Daten und konzeptionellen Weiterentwicklung widmen. In diesem Zusammenhang wurde auf die für drei Jahre angesetzten Kartierungen in Niedersachsen ab dem Jahr 2021 hingewiesen, für deren Durchführung derartige Standardisierungen als gewinnbringend für alle Parteien angesehen werden könnten, auch was die Aspekte Zugänglichkeit und Datenverfügbarkeit anbelangt. Teilnehmer*innen wiesen darauf hin, dass beim Thünen-Institut vor dem Hintergrund der Klimaberichterstattung schon für einige für den Moorschutz relevante Parameter ein Monitoring bzw. eine Datenerfassung laufe. Es solle daher ein übergeordneter Prozess zur Harmonisierung der Forschung und des Monitorings starten.

2.8.1.2 Mittelbereitstellung

Die Teilnehmer*innen sind sich weitgehend einig, dass ausreichend Mittel für die Forschung und das Monitoring zur Verfügung gestellt werden müssen. Allgemein, wie auch in den vom Bund geförderten Moorschutzprojekten und Paludikultur-Projekten, solle ein Prozentsatz von 2-3 Prozent der Mittel, beziehungsweise der Fördersumme, für Forschung und Monitoring bereitgehalten werden. In Umsetzungsmaßnahmen solle die Forschung ebenfalls bedacht werden. Als Praxisbeispiel für die Einpreisung

von Forschung und Monitoring im Projektbudget wird seitens der Teilnehmer*innen auf die Niederlande verwiesen.

Ein*e Teilnehmer*in gab zu bedenken, dass die Arbeitsgruppen in den Bundesländern zwar gut mit Expertise ausgestattet, die Projektperspektiven jedoch nicht lang genug seien.

Des Weiteren wurden die raren Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Bereich Wasser in Nordrhein-Westfalen kritisiert. Forscher*innen bräuchten sich eher ein, wenn die Themen weniger stark vorgegeben wären, derzeitig gebe es starke Themenbezüge. Es wurde vorgeschlagen, die Gelder grundlagenlastig zu vergeben, um gemeinsam zu forschen.

2.8.1.3 Forschungsthemen

Teilnehmer*innen gaben während der Veranstaltung sowohl Hinweise auf bestehende Forschungsthemen, auf die sie aufmerksam machen wollten, verwiesen aber auch auf Forschungsthemen, die sie für die Zukunft als wichtig betrachteten.

2.8.1.3.1 Gewünschte Forschungsthemen

Allgemein solle sich die Forschung laut einigen Teilnehmer*innen klarer positionieren. Ziele müssten sehr viel ambitionierter werden und auch Widerstände aus der Bevölkerung müssten Beachtung finden. Die Ergebnisse der Forschung seien eindeutig und das solle auch stärker formuliert werden. Die Teilnehmer*innen identifizierten Wissensbedarfe und wünschten sich tiefergehende Forschung zur Treibhausgasbilanz und Systemgrenzen, Wasserverfügbarkeit und Verteilung sowie Wertschöpfungsketten:

- Wissensdefizite über die Treibhausgas-Bilanzen (insbesondere im Bereich der bewaldeten Niedermoore) und unterschiedliche Belastungen im Moor müssten, laut den Aussagen einiger Teilnehmer*innen, geschlossen werden, bevor die Transformation vom Ist- zum Zielzustand gemacht wird.
- Forschungsbedarfe beständen ebenfalls zur (regionalen) Wasserverfügbarkeit und Konkurrenz bezüglich dessen Nutzung. Der Aspekt Wasser solle dabei aus naturwissenschaftlicher, rechtlicher und institutioneller Sicht gestärkt werden. Mehr Modellierungen der Einzugsgebiete sollten in Bezug auf fehlendes Wasser und Pufferzonen durchgeführt werden.
- Ebenfalls wurde das Konzept „Rewilding“ durch einen Beitrag eingebracht, das hinsichtlich sozialer Akzeptanz sowie möglicher (positiver) Klimawirkungen un-

tersucht werden solle. Grundsätzlich solle der Kenntnisstand zu schnellen Einsparungen gestärkt und durch ein gutes Monitoring unterstützt werden.

- Paludikulturen als mögliche Ersatzkulturen könnten laut einigen Teilnehmer*innenaussagen nur als Nischenkulturen gesehen werden. Die Forschung sollte weitere Kulturpflanzen für Mooregebiete hervorbringen, wobei, nach Meinung der Teilnehmer*innen, der Deckungsbeitrag der Kulturen und deren Verwertbarkeit eine entscheidende Rolle einnehmen werde. Ebenso sollte das Wasserstandsmanagement weitergehend untersucht werden, um die intensive Grünlandnutzung für Milchviehhaltung zu sichern. Neben dem Forschungsbedarf zum Pflanzenbau (u. a. Paludikulturen), fehlten den Teilnehmer*innen auch ökonomische Forschungsaspekte z. B. zur Verwertbarkeit von Produkten aus Paludikultur und zum Aufbau von Wertschöpfungsketten.
- Weiterhin wurde, seitens einiger Teilnehmer*innen, eine Forschungsmaßnahme zur Untersuchung von agrarstruktureller Betroffenheit und sozioökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten (regional) inklusive der Möglichkeiten von Flurbereinigung gewünscht. Untersucht werden solle dabei die allgemeine Situation, wo investiert wurde, welche Betriebe weitermachen wollen und welche Entwicklungsmöglichkeiten es auf welchen Flächen gebe.
- Auch Erneuerbare Energien auf wiedervernässten Mooren benötigten mehr Forschung. Ein erstes Informationspapier des Greifswalder Moor Centrum dazu liege jedoch bereits vor.
- Für einige Teilnehmer*innen wäre auch die Förderung von Dauerbeobachtungsflächen mit Anbindung an Hochschulen und Universitäten sowie die Forschung für den Bildungsauftrag auf verschiedenen Ebenen denkbar (einschließlich Citizen Science).

2.8.1.3.2 Hinweise auf bestehende Forschungsprojekte

Im Zuge der Diskussion um den Forschungsbedarf wurde von den Teilnehmer*innen auf bestehende Forschungsthemen und -projekte verwiesen. Genannt wurde das Forschungsprojekt zur Untersuchung der Treibhausgas-Emissionen von Moorwäldern und Waldflächen auf organischen Böden durch Wissenschaftler*innen des Eberswalder Thünen-Institutes für Waldökologie, welches von den Bundesministerien für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) mit Mitteln aus dem Waldklimafonds unterstützt wird. Die gewonnenen genaueren Daten sollen die Grundlage für die Emissionsberichterstattung in Deutschland verbessern. Zudem sollen klimarelevante Optionen zur Bewirtschaftung trockengelegter Moorwälder aufgezeigt werden.

2.8.1.4 Monitoring und Forschung: Organisation, Integration und Umsetzung

In der allgemeinen Wahrnehmung der Teilnehmer*innen fehle es vielen Projekten an angemessenem Monitoring, sodass Entwicklungen nicht detailliert nachvollzogen werden könnten. Gleichzeitig wurde Monitoring und auch die Integration von Umsetzungsmaßnahmen als sehr wichtig herausgestellt. Die bestehenden Herausforderungen im Bereich Monitoring sollten im Diskussionspapier für die Moorschutzstrategie der Bundesregierung klarer herausgestellt werden.

Die Integration von Monitoring und Forschung solle gut organisiert sein. Dazu könne auf Kapazitäten der Länder oder Kooperation mit der universitären Forschung aufgebaut werden. Auch müssten Modelle und Modelling klar integriert werden. Modelling könne genutzt werden, um das Monitoring zu informieren und zu optimieren.

Konkrete Wünsche und Vorschläge der Teilnehmer*innen galten der Integration von Monitoring und Forschung in Umsetzungsprojekten mit längeren Zeiträumen für Monitoring (Veränderungen oft erst nach 10 Jahren sichtbar) sowie dem Modelling in der Moorforschung (beispielsweise 3 Jahre Installation und dann Follow-Up in Dreijahreszyklen sowie der Entwicklung von Standardmonitoring Sites (wie bei ICOS/FLUXNET/Level I and II sites).

Problematisch sei, dass Monitoring in der Förderung des Erhalts von FFH-Lebensräumen bislang keine große Rolle spiele. Dies sollte nach Ansicht einiger Teilnehmer*innen besser verknüpft werden. Für Antragsteller*innen sei unklar, wie Förderinstrumente zur Anwendung kommen sollen, die Umsetzung, Monitoring und Bildung verbinden. In diesem Zusammenhang wurde das Thema Erfolgskontrolle und die Entwicklung einer transparenten Vorgehensweise für wichtig erachtet und die baldige Durchführung eines Workshops für Erfolgskontrollen, Monitoring und zur Schließung von Forschungslücken gewünscht.

Des Weiteren fehle ein expliziter Bezug zum geplanten Nationalen Monitoringzentrum für Biodiversität in Leipzig. Dieses solle mit effektiven Strukturen die Schnittstelle zwischen Monitoring-Akteuren und Daten, aber insbesondere auch zwischen verschiedenen Sektoren (Schutz, Forschung, Bildung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, etc.) darstellen, ohne eine überbordende Bürokratie zu entwickeln. Eine Anbindung an internationale Methoden- und Datenstandards solle sichergestellt werden. Zusätzlich dazu wurden von den Teilnehmer*innen auch Dauerbeobachtungsstellen eingefordert, deren Daten für die Wissenschaft frei zugänglich sein müssten.

2.8.1.5 Daten

Die Teilnehmer*innen wiesen mehrfach darauf hin, dass viele Moorbodenkarten und Kartierungen der Zustände der Moorflächen bereits veraltet seien. Überregional wirkende Einflüsse mit Auswirkungen auf den Moorschutz wie z. B. der des Klimawandels und der Eutrophierung sollten als Kartenübersicht in das Diskussionspapier aufgenommen und später auch in der Moorschutzstrategie der Bundesregierung dargestellt werden. Auch sollten Gebietskulissen überarbeitet werden und als kurzfristiges Ziel eine aktualisierte Karte mit Flächenverbreitung und Zuständen der Moorflächen angestrebt werden. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die Moorkarten in den Bundesländern erstellt werden. Darüber hinaus würden bessere bzw. umfänglichere Datengrundlagen zu Hydrologie und Wasserflüssen benötigt. Eine teilnehmende Person forderte zudem eine „Deutsche Moor-Bilanz“, die gegebenenfalls auch den Forschungsbedarf aufzeigen könne.

Einige Beiträge der Teilnehmer*innen forderten zudem ein offenes/frei zugängliches, faires und transparentes Datenmanagement. Es wurde argumentiert, dass aufgrund der Verwendung von öffentlichen Geldern beim Monitoring sowie für die öffentliche Forschung, auch die Daten öffentlich sein sollten (Open Access). Hier stelle sich die Frage, wie der Zugang zu den Daten für die Forschung am besten organisiert werden könne.

Ein Bezug der Standardisierung von Datenerhebung und -erhaltung zum Prozess der nachgelagerten Mess- oder Monitoring Programme wurde von Teilnehmer*innen im Diskussionspapier noch vermisst. Wissen gerade auch zu (Daten-)Erhebungsmethoden müsse zudem noch mehr „in die Fläche“ vermittelt werden.

Die Integration und Weiterverarbeitung von Daten und damit Datenverfügbarkeit würde laut Teilnehmer*innen auch die Kommunikation stärken. Datenverfügbarkeit und Integration in Modelle und Simulationen erhöhe deren Qualität Dies könne wiederum zum Aufbau eines noch hochwertigeren Monitorings dienen.

Eine Abstimmung einzelner Gruppen zu einem weiteren Vorgehen bezüglich Datendarstellung, -öffentlichkeit und -verfügbarkeit wurde ebenfalls vorgeschlagen, da an vielen Stellen in der Forschung eine ähnliche Wahrnehmung diesbezüglich herrsche.

2.8.2 Bildung

2.8.2.1.1 Schulische Bildung

Teilnehmer*innen merkten an, dass die Themen Moore und Moorschutz in die Lehrpläne integriert werden sollten. Es solle den Schüler*innen zudem ermöglicht werden, mindestens einen Tag praktische Erfahrung in oder mit einem Moor zu sam-

meln. Die Schüler*innen wurden zudem als gute Multiplikatoren eingestuft. Die Teilnehmer*innen wiesen auf große thematische Lücken in der Ausbildung von Lehrer*innen hin und forderten zudem dauerhafte Stellen für Umweltbildner*innen.

2.8.2.1.2 Außerschulische Bildung

Bezogen auf außerschulische Bildung wurde angeraten, den Menschen im Alltag Handlungsoptionen zur Unterstützung des Moorschutzes aufzuzeigen oder diese mit Teilnehmer*innen von Umweltbildungsveranstaltungen zu erarbeiten. Beispielhaft wurde von den Teilnehmer*innen eine Initiative zu torffreien Erden im Hobbygartenbau genannt, die auf verschiedenen Ebenen initiiert werden könne (z. B. durch Hinweise auf Torferde darüber, wieviel Treibhausgase in dem Produkt enthalten sind). Erste Projekte auf Kreisebene wurden bereits angeregt (Beispiel: Kreis Steinfurt).

Angemerkt wurde zudem, dass Bildungsangebote zum Moorschutz im Sinne der „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BNE) durch entsprechende Förderung geschaffen werden sollten. Zu berücksichtigen sei dabei, dass eine längerfristige Finanzierung dieser außerschulischen Bildung erforderlich ist. Diese Bildungsangebote (BNE) sollten auch die Schulung von Verwaltungsmitarbeiter*innen übernehmen und so dafür sorgen, dass bei den für den Einsatz von Finanzmitteln verantwortlichen Personen Kenntnisse zu den Anforderungen des Moorschutzes vorliegen.

Weiterhin wurde eine Stärkung der Umweltbildung gefordert, durch die für einen Wissenstransfer gesorgt werde. Durch die Schaffung dauerhafter Stellen für Netzwerker*innen könne ein „Erfahrungspool“ zu Themen des Moorschutzes aufgebaut und gepflegt werden.

2.8.2.2 Wissensvermittlung durch Hochschulen

Einige der Teilnehmer*innen waren sich einig, dass die Rolle der Hochschulen bezüglich der Wissensvermittlung zu den Themenfeldern Moorschutz und -nutzung gestärkt werden sollte, denn dort fände die Bildung und Ausbildung, unter anderem für Lehrer, Forst- und Landwirte, statt. Uneins waren sich die Teilnehmer*innen darüber, ob dies für alle oder nur für die moorreichen Bundesländer gelten sollte. Diesbezüglich wurde die konkrete Nennung von Hochschulen oder Bildungseinrichtungen vorgeschlagen. Es solle definiert werden, wer die Bildung gewährleisten soll. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Bund an dieser Stellschraube lediglich empfehlend wirken kann. Zur Umsetzung bedürfe es zertifizierter Aufbaustudiengänge (Master) zum Management sowie zur Nutzung von Feuchtgebieten (evtl. einschließlich Auen), Weiterbildungen durch Kurse (z. B. Sommerschulen und/oder Blockkurse), um Expertise zu vermitteln und qualifizierte Praktiker*innen auszubilden, sowie einer besseren Integration von einschlägigem Hintergrundwissen an den Hochschulen. Hierfür sollten Ziele konkretisiert, Vorgaben entwickelt und direkt umgesetzt sowie ein Zeitrahmen

aufgestellt und eingehalten werden. Eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Fachrichtungen (Naturwissenschaften / Verwaltungswissenschaften / Kulturwissenschaften / Medienwissenschaften / Nachhaltigkeit) wurde für unbedingt erforderlich erachtet. Fachleuten sollten neben den wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Perspektiven auch ökologische Zusammenhänge verständlich gemacht werden.

Schwierigkeiten wurden unter anderem darin gesehen, dass Universitäten Ländersache seien und dort keine Moorforschungsausbildung mehr gewährleistet werde, so dass in der Praxis das „Moorforschungsrad“ oft doppelt erfunden werde. Es sei daher notwendig, dass an den Universitäten eine dauerhafte Ausrichtung geschaffen und durch den Bund gefördert werde. Zudem sei die Auslastung der Institutionen durch Studierende stets sehr hoch, was die Abzweigung von Ressourcen an dieser Stelle schwierig mache. Die Kosten für die Lehrkräfte sollten daher vom Bund getragen werden, da die Universitäten die bestehenden und hier zusätzlich geforderten Aufgaben bei der Moorforschungsausbildung und Weiterbildung im Moorschutz nicht stemmen könnten.

Es sei zudem notwendig, dass so schnell wie möglich einheitliche Standards bezüglich Moorschutz-Forschung und -Wissensvermittlung angeboten und fachlich diskutiert würden. Neben den Universitäten würde dafür dringend eine nationale Anlaufstelle zur Beratung benötigt (z. B. analog der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, die u.a. als zentrale geowissenschaftliche Beratungseinrichtung der Bundesregierung fungiere).

2.8.2.3 Praktiker*innen und Privatwirtschaft

Ein zeitnaher Wissenstransfer von der Forschung in die Praxis (einschließlich der Privatwirtschaft) wurde von einigen Teilnehmer*innen gefordert. Der Wissenstransfer von der Wissenschaft in die Praxis sollte durch die Agrarberatung sichergestellt werden. Es werde an dieser Stelle eine Abkehr vom Projektdenken („Beratung ist kein Projekt, sondern ein Prozess“) benötigt. Zudem müssten attraktive Arbeitsplatzmöglichkeiten vorhanden sein, wenn in eine bestimmte Richtung ausgebildet werde. Fachpersonal sollte neben den wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Perspektiven auch immer die ökologischen Zusammenhänge vermittelt werden.

2.9 Schnittstellen zu bestehenden und geplanten Strategien, Konzepten, Politiken und Richtlinien

Die Teilnehmer*innen hoben zu beachtende allgemeine, wie spezifische Schnittstellen zu bereits vorhandenen sowie in Planung befindlichen Strategien, Konzepten, Politiken und Richtlinien hervor. Genannt wurden die Nationale Wasserstrategie, die Waldstrategie 2050, das NABU-IVG-Konzept, die Nationale Strategie zur biologischen

Vielfalt, die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP), die Bund-Länder-Zielvereinbarung zum Klimaschutz durch Moorbodenschutz, Naturschutzrichtlinien der EU und die geplante Stickstoffminderungsstrategie der Bundesregierung. In diesem Sinne sollten Synergien und Verknüpfungen zwischen vielfältigen Funktionen der Moore und Zielen der Bundesregierung aufgezeigt werden.

2.9.1 Nationale Wasserstrategie

Wasser sei für die Moore ein zentraler Punkt. Einzelnen Teilnehmer*innen war diesbezüglich wichtig, dass die Moorschutzstrategie der Bundesregierung keine Parallelentwicklung zur Nationalen Wasserstrategie werde, sondern dass die Strategien aufeinander abgestimmt seien. Die Verknüpfung der Strategien solle Moorschutz als regionales Wasserhaushaltsziel sowie die Wasserqualität mit aufgreifen. Aus der operativen Perspektive sollten messbare Bilanzen im Sinne der Umsetzung der Strategien strategisch vorbereitet werden.

2.9.2 Waldstrategie 2050

Es wurde seitens einiger Teilnehmer*innen gewünscht, dass der Moorschutz in Wäldern Eingang in die Waldstrategie 2050 der Bundesregierung findet.

2.9.3 NABU-IVG-Konzept

Es wurde angeregt, das Moorentwicklungskonzept von NABU und Industrieverband Garten (IVG) („Entwicklungskonzepte für Hochmoorgebiete unter den Aspekten des Moor- und Klimaschutzes sowie der Rohstoffnutzung“) aus dem Jahr 2014 in die Moorschutzstrategie der Bundesregierung zu integrieren.

Die Bundesregierung wurde dazu angehalten, im Hobbygartenbau sowie im Erwerbsgartenbau einen vollständigen Verzicht auf Torf herbeizuführen. Dies solle durch einen ambitionierten Torfminderungs-Aktionsplan umgesetzt werden. Die Umstellung solle unterstützt werden. Torfabbau könne gegebenenfalls dort eine Lösung sein, wo eine Vernässung aus technischen Gründen nicht möglich sei und der Torf sowieso mittelfristig mineralisiere. Grundsätzlich solle bei allen Abbauflächen eine Restauflage von mindestens einem Meter festgelegt werden, um spätere Wiedervernässungserfolge zu erhöhen.

2.9.4 Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt

Manche Teilnehmer*innen wiesen darauf hin, dass derzeit auch die Überarbeitung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt erfolge. Thematisch, wie auch administrativ/strukturell gäbe es dort diverse Überschneidungen und Synergiepotenziale sowohl hinsichtlich des Schutzes als auch hinsichtlich einer nachhaltigen Nutzung von Mooren. Die Moorschutzstrategie der Bundesregierung solle deshalb zu weiten Teilen Eingang in die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt finden und so zur

Erfüllung internationaler Verpflichtungen beitragen. Der Moornaturschutz solle in der neuen Nationalen Biodiversitätsstrategie eine wichtige Rolle spielen und mit ambitionierten und konkreten Zielen unterfüttert werden.

2.9.5 Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) sowie ihre Umsetzung in Deutschland kann anhand einzelner Beiträge der Teilnehmer*innen als überaus wichtige Strategie erachtet werden. Der Bezug zu dieser Strategie sollte im Diskussionspapier für die Moorschutzstrategie der Bundesregierung noch expliziter gemacht und auch im zweiten Kapitel „Bezüge zu anderen Strategien und Programmen der Bundesregierung“ berücksichtigt werden (s. u. a. (Kontraproduktive) Förder- und Ausgleichsprogramme, Treibhausgasemissionen und Landwirtschaft, Abbau schädlicher Subventionen, Zukünftige und dauerhafte wirtschaftliche Perspektive nach Wiedervernässung).

2.9.6 Bund-Länder-Zielvereinbarung

Teilnehmer*innen stellten sich die Frage, wie die Moorschutzstrategie der Bundesregierung und die Bund-Länder-Zielvereinbarung zum Klimaschutz durch Moorbodenschutz miteinander verzahnt werden können.

2.9.7 Naturschutzrichtlinien der EU

Es wurde angeregt, einen Fokus auf Natura 2000 (d.h. die Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat- und der Vogelschutzrichtlinie der EU) und die Moorschutzgebiete zu legen. Hydrologische Zonen und Einzugsgebiete, die zur Sicherung und Verbesserung des Erhaltungszustands der geschützten moortypischen Arten und Lebensräume berücksichtigt werden müssen, seien noch nicht hinreichend im Diskussionspapier erwähnt. Pufferzonen sollten mit einbezogen werden. Ein Augenmerk sollte dabei auf dem Wasserhaushalt sowie der Nährstoffsituation in diesen liegen.

2.9.8 Stickstoffminderungsstrategie der Bundesregierung

Einige Teilnehmer*innen bezogen sich auf die geplante Stickstoffminderungsstrategie der Bundesregierung. Um einer Eutrophierung in der Landschaft, der Moorlebensräume und der mit diesen in Zusammenhang stehenden Gewässer entgegen zu wirken, müssten Stickstoffeinträge aus Verkehr, Industrie und Landwirtschaft massiv gesenkt werden. In der Landwirtschaft könne dies beispielsweise durch die drastische Reduktion der Tierbestände geschehen. Dafür seien der zeitnahe Umbau zu einer tiergerechten, umwelt- und klimafreundlichen Tierhaltung und die Finanzierung dessen wichtig. Zudem müsse ergänzend zur kürzlich geänderten Düngeverordnung eine Stickstoffüberschussabgabe eingeführt werden, um Landwirt*innen einen Anreiz zu geben, den Eintrag von Stickstoff weiter zu reduzieren.

3 Anhang

Ablaufplan der Veranstaltung am 15. Dezember 2020

Ab 13:00	Einwahl & Technik-Check
13:30	Begrüßung und thematischer Einstieg
13:50	Vorstellung des Diskussionspapiers für die Moorschutzstrategie der Bundesregierung
14:10	Inhaltliche Diskussion in vier verschiedenen Themengruppen (Naturschutz, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bildung und Forschung)
15:30	Pause
15:45	Kurzberichte aus den Themengruppen und abschließende Diskussion
16:45	Ausblick und Abschluss
17:00	Ende
